



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Staatsrechnung 2009

Datum: 23. März 2010

Nummer: 2010-083

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****betreffend Staatsrechnung 2009**

vom 23. März 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1	ÜBERSICHT	3
1.1	VORBEMERKUNG	3
1.2	VORWORT DES REGIERUNGSRATES	3
1.3	GESAMTÜBERSICHT	5
2	RAHMENBEDINGUNGEN	9
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	9
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES	10
2.3	FINANZAUSGLEICH KANTON - GEMEINDEN	11
3	DEFIZITBREMSE	14
4	DETAILS ZUR RECHNUNG 2009	16
4.1	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN	16
4.2	LAUFENDER ERTRAG NACH KONTOGRUPPEN	21
4.3	WICHTIGSTE ABWEICHUNGEN GEGENÜBER RECHNUNG 2008	25
4.4	KREDITÜBERTRAGUNGEN RECHNUNG 2009 AUF RECHNUNG 2010	27
5	BESONDERE FAKTOREN IM RECHNUNGSJAHR 2009	28
5.1	KONJUNKTURSTABILISIERENDE STAATSAUSGABEN	28
5.2	ABRECHNUNG DER GLOBALBUDGETS DER SPITALBETRIEBE	29
6	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	32
6.1	BEDEUTUNG	32
6.2	LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT	32
7	INVESTITIONSRECHNUNG	34
8	BILANZ	37
8.1	VERMÖGEN UND VERBINDLICHKEITEN	37
8.2	BILANZBEREINIGUNG	38
8.3	EIGENKAPITALNACHWEIS	38
9	BETEILIGUNGEN	40
9.1	BERICHTERSTATTUNG ZUR RECHNUNG VON INTERKANTONALEN INSTITUTIONEN	40
9.2	ÄNDERUNGEN IN DEN BETEILIGUNGEN	42
10	FONDS	43
10.1	LEGAT BRODBECK (FONDS 8035)	43
10.2	AUFLÖSUNG DER SPARKASSE HILFSPERSONAL (FONDS 8050) UND DES UNTERSTÜTZUNGSFONDS (FONDS 8051)	43
10.3	AUFLÖSUNG PRÄMIEN-FONDS (FONDS 8163)	43
10.4	SCHAFFUNG EINER KONJUNKTURAUSGLEICHSRESERVE (FONDS 8000)	44
11	ABSCHREIBUNG POSTULAT 2009-304 VON HANS-JÜRGEN RINGGENBERG, SVP-FRAKTION: BESSERE OFFENLEGUNG DES FREIEN UND ZWECKGEBUNDENEN EIGENKAPITALS	45

12 ANTRAG	46
13 ANHANG	48
13.1 STATISTISCHE ECKWERTE STAATSHAUSHALT.....	48
13.2 FINANZKENNZAHLEN.....	51
13.3 GLOSSAR.....	53

TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1: Übersicht über die Gesamtrechnung.....</i>	<i>5</i>
<i>Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.....</i>	<i>9</i>
<i>Tabelle 3: Entwicklung Finanzausgleich und Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.....</i>	<i>13</i>
<i>Tabelle 4: Entwicklung Eigenkapital mit Rechnung 2009 und Budget 2010.....</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 5: Stand Vorfinanzierungen (Reserven für zukünftige Bauvorhaben) vor Schaffung der Konjunkturausgleichsreserve.....</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 6: Entwicklung Eigenkapital und Konjunkturausgleichsreserve Rechnung 2009 und Budget 2010</i>	<i>15</i>
<i>Tabelle 7: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.....</i>	<i>16</i>
<i>Tabelle 8: Vergleich Sollstellenplan 2009 und Stichtagserhebung per 31.12.2009.....</i>	<i>17</i>
<i>Tabelle 9: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.....</i>	<i>21</i>
<i>Tabelle 10: Steuererträge gegliedert nach Arten.....</i>	<i>22</i>
<i>Tabelle 11: Abgrenzung Vorjahre der periodischen Steuererträge.....</i>	<i>23</i>
<i>Tabelle 12: Ausgabenpositionen und Vorhaben mit konjunkturstabilisierender Wirkung in der Rechnung 2009.....</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 13: Abschluss der Spitalbetriebe.....</i>	<i>30</i>
<i>Tabelle 14: Übersicht über die Rücklagen.....</i>	<i>31</i>
<i>Tabelle 15: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.....</i>	<i>32</i>
<i>Tabelle 16: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2005 bis 2009.....</i>	<i>35</i>
<i>Tabelle 17: Eigenkapitalnachweis per 31.12.2009.....</i>	<i>39</i>
<i>Tabelle 18: Finanzkennzahlen.....</i>	<i>51</i>
<i>Tabelle 19: Definition Finanzkennzahlen.....</i>	<i>52</i>

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1: Vergleich Rechnung-Budget 2009.....</i>	<i>3</i>
<i>Abbildung 2: Zusammenhänge in der Staatsrechnung.....</i>	<i>6</i>
<i>Abbildung 3: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite der Laufenden Rechnung.....</i>	<i>7</i>
<i>Abbildung 4: Finanzausgleich Baselbieter Gemeinden 2009.....</i>	<i>11</i>
<i>Abbildung 5: Entwicklung Finanzausgleich in % der Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.....</i>	<i>12</i>
<i>Abbildung 6: Abweichungen Aufwand Rechnung 2009 zu Budget 2009.....</i>	<i>16</i>
<i>Abbildung 7: Vollstellen (ganze Verwaltung mit Lehrpersonen, Spitalbetrieben und Gerichten).....</i>	<i>18</i>
<i>Abbildung 8: Abweichungen Ertrag Rechnung 2009 zu Budget 2009.....</i>	<i>21</i>
<i>Abbildung 9: Entwicklung Steuereinnahmen 2000 bis 2009.....</i>	<i>22</i>
<i>Abbildung 10: Abweichungen Aufwand Rechnung 2009 zu Rechnung 2008.....</i>	<i>25</i>
<i>Abbildung 11: Abweichungen Ertrag Rechnung 2009 zu Rechnung 2008.....</i>	<i>25</i>
<i>Abbildung 12: Verfahren mit Budgetüber-/unterschreitungen.....</i>	<i>29</i>
<i>Abbildung 13: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.....</i>	<i>34</i>
<i>Abbildung 14: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen.....</i>	<i>34</i>
<i>Abbildung 15: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2009, in %.....</i>	<i>35</i>
<i>Abbildung 16: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.....</i>	<i>38</i>
<i>Abbildung 17: Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel 2000 bis 2009.....</i>	<i>42</i>
<i>Abbildung 18: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.....</i>	<i>48</i>
<i>Abbildung 19: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.....</i>	<i>49</i>
<i>Abbildung 20: Entwicklung Finanzierungssaldo.....</i>	<i>49</i>
<i>Abbildung 21: Entwicklung Eigenkapital.....</i>	<i>50</i>
<i>Abbildung 22: Entwicklung Nettoinvestitionen.....</i>	<i>50</i>

1 Übersicht

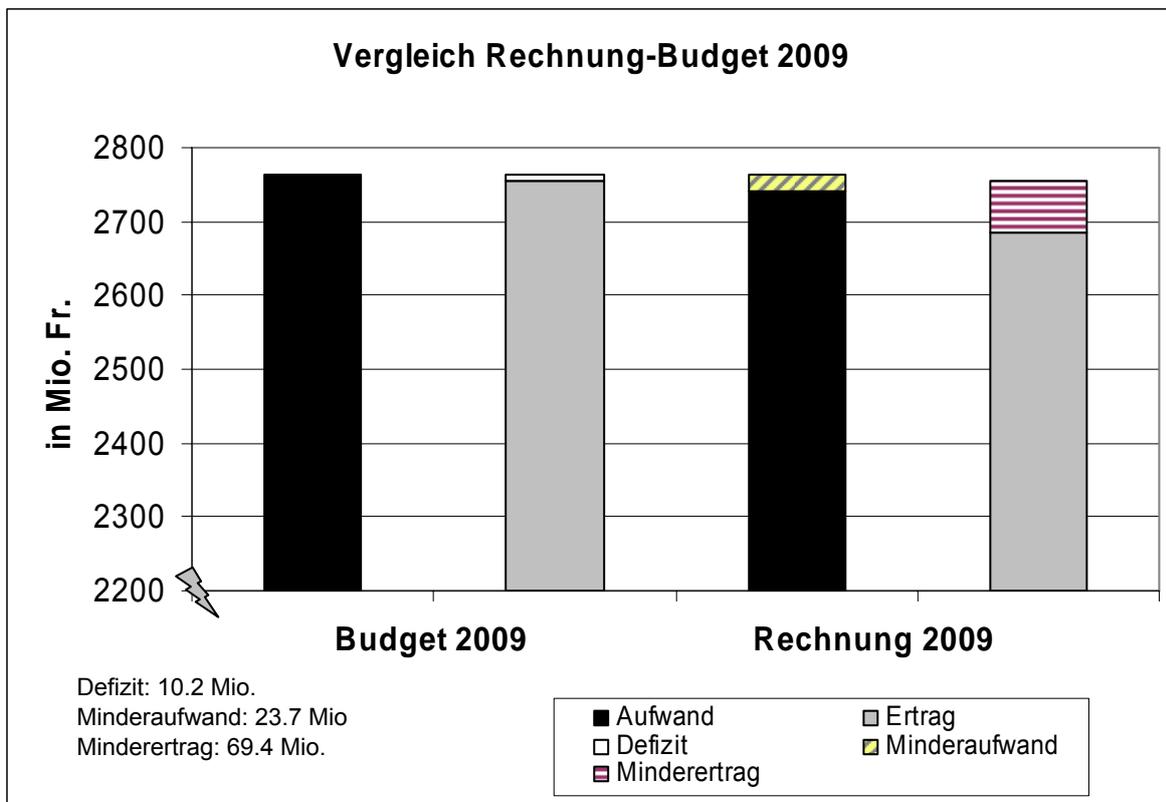
1.1 Vorbemerkung

Gemäss § 66 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ und § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung über das Finanzjahr 2009. Die Staatsrechnung 2009 wird noch nach der alten Rechnungslegung und auf dem bisherigen EDV-System abgeschlossen. Aus diesem Grund wird in diesem Rechnungsabschluss daher noch keine Geldflussrechnung und kein Beteiligungsspiegel ausgewiesen. Die Abweichungen zum Budget werden im Zahlenteil von den Direktionen bzw. Dienststellen kommentiert.

1.2 Vorwort des Regierungsrates

Der Rechnungsabschluss des Kantons für das Jahr 2009 weist ein Defizit in der Erfolgsrechnung von 55.9 Mio. Franken auf und übertrifft damit das Defizit des Budgets um 45.7 Mio. Franken. Die Verschlechterung ist auf Mindereinnahmen zurückzuführen, welche eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Der Einbruch bei den Steuereinnahmen konnte bis zu einem gewissen Grad durch Minderausgaben kompensiert werden. Der Rechnungsabschluss 2009 ist einerseits gekennzeichnet von der Rezession, andererseits von einer anhaltenden Ausgabendisziplin von Regierungsrat und Verwaltung.

Abbildung 1: Vergleich Rechnung-Budget 2009.³



¹ SGS 100.

² SGS 310.

³ Schnittpunkt der Achsen ≠ 0.

Das Jahr 2009 war hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ein ausserordentliches Jahr. In der Folge der im 4. Quartal 2008 eingetretenen Finanzkrise waren die Wirtschaftsprognosen durch eine aussergewöhnlich hohe Unsicherheit geprägt. Sie wurden praktisch monatlich nach unten korrigiert. Das Ausmass der Rezession wurde zeitweise überschätzt, was die jüngsten nach oben korrigierten Prognosen zeigen. Zum heutigen Zeitpunkt kann mit relativ grosser Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Rezession überwunden ist und dass sich die Wirtschaft ab 2010 wieder erholen wird.

In Anbetracht der grossen Einnahmehausfälle bei den Steuern und der Ausgabenpositionen mit konjunkturstabilisierender Wirkung (vgl. Kapitel 5.1) wird deutlich, dass der Kantonshaushalt im Jahr 2009 zur Kaufkrafterhaltung und zur Stützung der Nachfrage beigetragen hat. Dieser Beitrag konnte geleistet werden bei gleichzeitigem Abbau der Verschuldung um 100 Mio. Franken (mittel- und langfristige Verpflichtungen). Der Finanzierungsfehlbetrag von rund 80 Mio. Franken kann aus eigenen Finanzmitteln finanziert werden.

Auf der Ausgabenseite wurden die Budgetkredite insgesamt um 24 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Davon betroffen sind praktisch alle Ausgabenkategorien. Bei den Einnahmen ist ein Rückgang gegenüber dem Budget von 70 Mio. Franken zu verzeichnen. Dieser ist grösstenteils auf die konjunkturelle Schwäche zurückzuführen.

Obwohl die Ausgaben in der Laufenden Rechnung gegenüber der Vorjahresrechnung rückläufig sind, hat sich die Staatsquote aufgrund der zunehmenden Investitionsausgaben erhöht. Die Steuerquote hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Diese Entwicklung unterstreicht die konjunkturstabilisierende Wirkung des Staatshaushalts im Jahr 2009.

Aufgrund der nachhaltigen Finanzpolitik konnten in den vergangenen Jahren zweckgebundene Reserven (Vorfinanzierungen) für zukünftige Bauvorhaben gebildet werden. Die Neuregelung der Spitalfinanzierung ab 1. Januar 2012 sieht die Einführung von Fallpauschalen vor, welche auch die Amortisation der Investitionen umfasst. Die neue Spitalfinanzierung führt dazu, dass die für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz gebildete Vorfinanzierung an Bedeutung verliert. Die entsprechende Vorfinanzierung wird mit dem Rechnungsabschluss 2009 aufgelöst und in eine Konjunkturausgleichsreserve überführt, welche freiem Eigenkapital entspricht. Das Eigenkapital inkl. Konjunkturausgleichsreserve beträgt damit Ende 2009 374 Mio. Franken.

Die Konjunkturausgleichsreserve hat, wie das Eigenkapital, die Funktion, die Auswirkungen von wirtschaftlichen Abschwungphasen (z.Bsp. Einnahmehausfälle bei den Steuern) auszugleichen. Dank dieser Umwidmung der Vorfinanzierung zu Eigenkapital kann der Handlungsspielraum für die kommenden Jahre mit Bezug zur Defizitbremse erhöht werden. Eine Steuerfusserhöhung soll, insbesondere mit Blick auf die noch zögerliche Wirtschaftserholung, vermieden werden.

Das Jahr 2010 steht noch im Zeichen der Wirtschaftskrise. Das vom Landrat im [Dezember 2009 verabschiedete Budget](#) weist im operativen Ergebnis der Erfolgsrechnung ein Defizit von 113.9 Mio. Franken auf. Dieses Budget steht im Einklang mit der Defizitbremse und entfaltet konjunkturstabilisierende Wirkungen. Ab 2011 wird die Wirtschaftskrise aus heutiger Sicht überwunden sein, und es gilt die Haushaltskonsolidierung für die kommenden Jahre sicherzustellen. Der aktuelle Finanzplan weist für die kommenden Jahre erheblichen Handlungsbedarf auf. Der Regierungsrat will auf jeden Fall vermeiden, dass der Sanktionsmechanismus der Defizitbremse, eine Steuerfusserhöhung, zu greifen beginnt. Die kommenden konjunkturell guten Jahre sollen dazu genutzt werden, dass ausreichend Eigenkapital geschaffen wird für wirtschaftliche schwierige Jahre.

1.3 Gesamtübersicht

Die Gesamtrechnung 2009 des Kantons Basel-Landschaft präsentiert sich wie folgt:

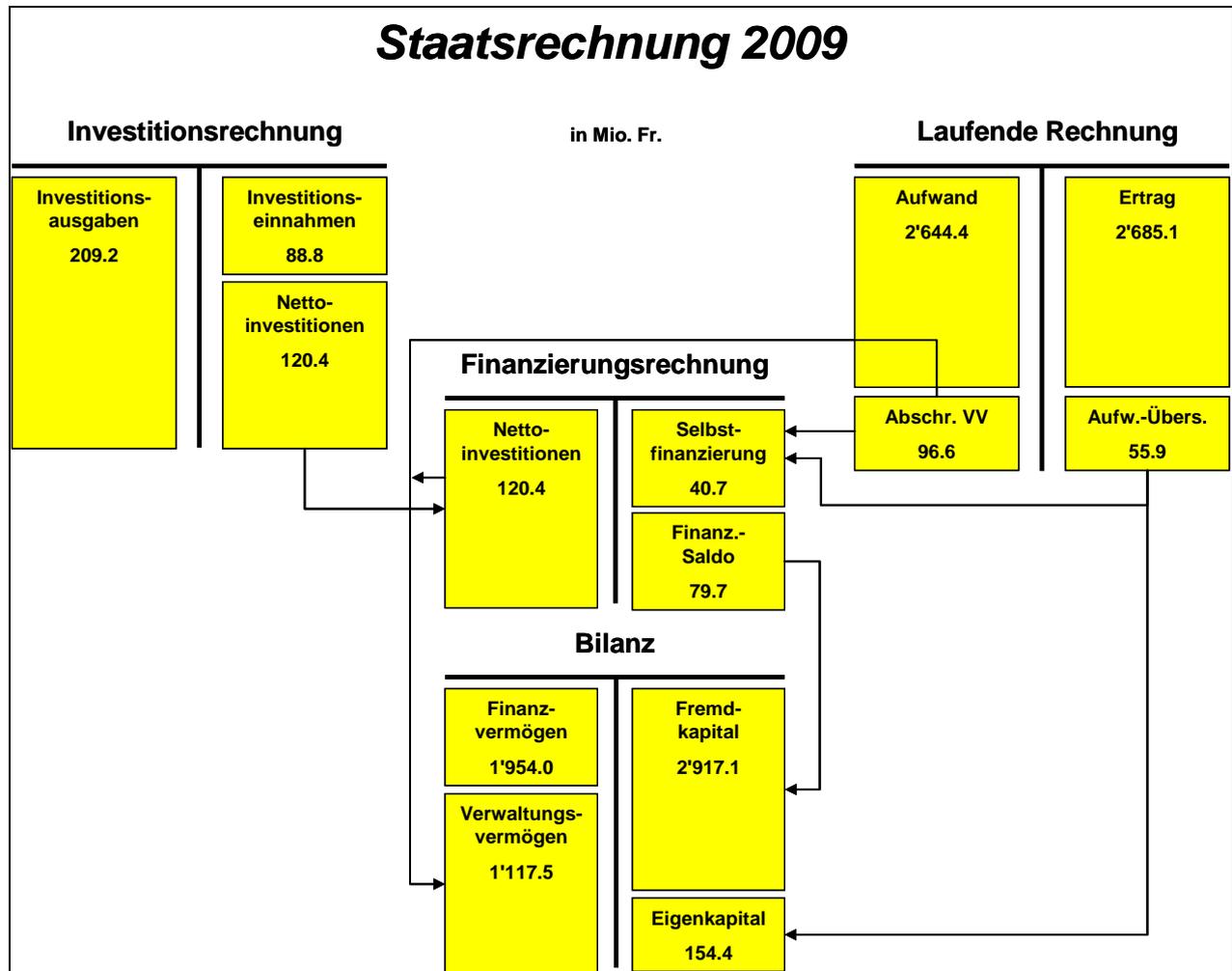
Tabelle 1: Übersicht über die Gesamtrechnung.

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung zu Rechnung 2008		Abweichung zu Budget 2009	
Laufende Rechnung							
Aufwand	3'067.6	2'741.0	2'764.7	-326.6	-10.6%	-23.7	-0.9%
Ertrag	3'069.8	2'685.1	2'754.5	-384.7	-12.5%	-69.4	-2.5%
Saldo Laufende Rechnung	2.2	-55.9	-10.2	-58.1		-45.7	
Investitionsrechnung							
Ausgaben	163.4	209.2	296.5	45.8	28.0%	-87.3	-29.4%
Einnahmen	52.9	88.8	138.8	36.0	68.1%	-50.0	-36.0%
Nettoinvestitionen	-110.5	-120.4	-157.7	-9.8		37.3	
Selbstfinanzierung							
Saldo Laufende Rechnung	2.2	-55.9	-10.2				
Abschreibungen Verwaltungsverm.	187.1	96.6	98.8	-90.5	-48.4%	-2.2	-2.2%
Selbstfinanzierung	189.3	40.7	88.6	-148.6		-47.9	
Selbstfinanzierung	189.3	40.7	88.6				
Nettoinvestitionen	-110.5	-120.4	-157.7				
Finanzierungssaldo	78.7	-79.7	-69.1	-158.4		-10.6	
Selbstfinanzierungsgrad (%)	171.2	33.8	56.2	-137.4		-22.4	
Eigenkapital	210.3	154.4	200.1	-55.9		-45.7	

Die Vorfinanzierungen und Fonds werden im Anhang zur Staatsrechnung geführt. Somit wird das Eigenkapital ohne die neu gebildete Konjunkturausgleichsreserve ausgewiesen.

Die Zusammenhänge zwischen Investitionsrechnung, Laufender Rechnung, Finanzierungsrechnung und Bilanz sind für das Rechnungsjahr 2009 nachfolgend schematisch dargestellt.

Abbildung 2: Zusammenhänge in der Staatsrechnung.⁴

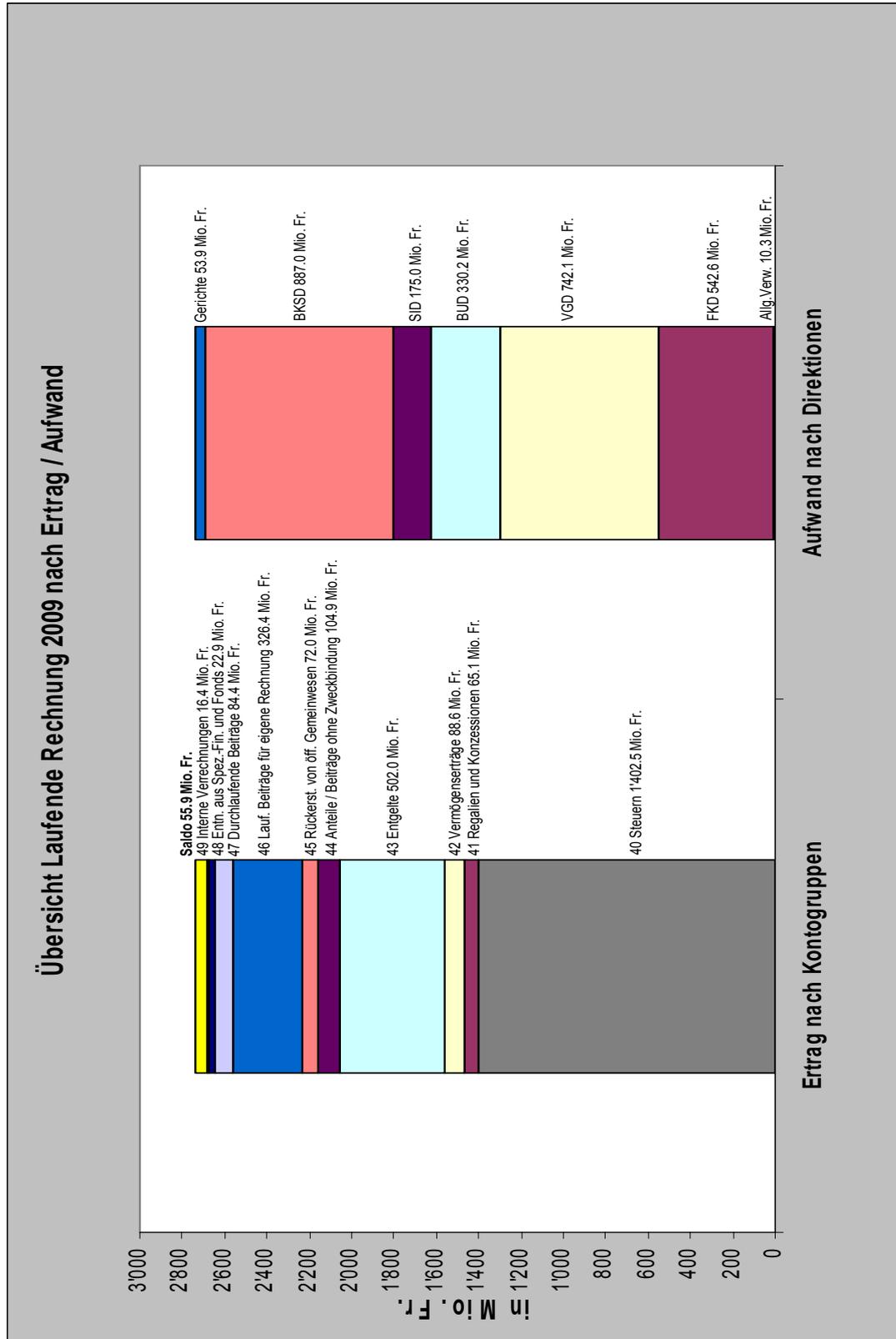


Die Vorfinanzierungen und Fonds werden im Anhang zur Staatsrechnung geführt. Somit wird das Eigenkapital ohne die neu gebildete Konjunkturausgleichsreserve ausgewiesen.

⁴ Keine massstäbliche Darstellung.

Die nachfolgende Abbildung zeigt eine Gegenüberstellung der Ertrags- und der Aufwandseite der Laufenden Rechnung (unterteilt nach Direktionen). Die Reihenfolge der beiden Balken ist zufällig gewählt, da lediglich eine optische Verhältnisveranschaulichung gezeigt werden soll.

Abbildung 3: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite der Laufenden Rechnung.⁵



⁵ Massstäbliche Darstellung.

Als Grobüberblick wird nachfolgend auf die wichtigsten Eckwerte der Staatsrechnung 2009 eingegangen.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 55.9 Mio. Franken und somit deutlich schlechter als budgetiert ab (-10.2 Mio. Franken). Das Ergebnis wird u.a. durch folgende Faktoren massgeblich beeinflusst (vgl. auch Kapitel 4.1 und 4.2):

- Minderaufwendungen beim Sachaufwand von 8 Mio. Franken (Beraterhonorare, Fahrzeugtreibstoffe, Heizmaterial)
- Minderaufwendungen bei den eigenen Beiträgen von 39 Mio. Franken (Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, Beiträge an Alters- und Pflegeheime, Beiträge an Unternehmen des öffentlichen Verkehrs)
- Die Steuererträge liegen insgesamt um 82 Mio. Franken unter den Erwartungen (davon entfallen rund 26 Mio. Franken auf Vorjahre)
- Mehreinnahmen bei den Entgelten von 7 Mio. Franken (Pflege- und Heimplatztaxen, Erträge aus Arzthonoraren)
- Minderertrag bei den laufenden Beiträgen für eigene Rechnung von 33 Mio. Franken (Gemeindebeiträge an Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und an den öffentlichen Verkehr, Abwassergebühren)

Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung werden das budgetierte Ausgabenvolumen um 87 Mio. Franken und die budgetierten Investitionseinnahmen um 50 Mio. Franken unterschritten. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen liegen um 37 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2008 nehmen die Bruttoinvestitionen um 46 Mio. Franken zu.

Selbstfinanzierung (Saldo Laufende Rechnung plus Abschreibungen Verwaltungsvermögen)

Die Selbstfinanzierung fällt mit 40.7 Mio. Franken um 47.9 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert und unterschreitet den Vorjahreswert um 148.6 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung reicht im 2009 bei Weitem nicht aus, um die Nettoinvestitionen vollständig zu finanzieren.

Selbstfinanzierungsgrad (Selbstfinanzierung im Verhältnis zu Nettoinvestitionen)

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beläuft sich auf 33.8% und unterschreitet damit den budgetierten Wert von 56.2% und den Vorjahreswert von 171.2%. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2009 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad 103%, womit der empfohlene Minimalwert von 75% immer noch erfüllt ist.

Finanzierungssaldo (Selbstfinanzierung abzüglich Nettoinvestitionen)

Der Finanzierungssaldo weist einen negativen Wert von 79.7 Mio. Franken aus; budgetiert war ein Wert von -69.1 Mio. Franken. Im Vorjahr lag der Finanzierungssaldo bei 78.7 Mio. Franken.

Eigenkapital

Das Eigenkapital beläuft sich Ende 2009 auf 154.4 Mio. Franken, mit Berücksichtigung der Konjunkturausgleichsreserve, welche Eigenkapitalcharakter hat, auf 374.4 Mio. Fr.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Budget 2009 wurde auf der Basis der volkswirtschaftlichen Prognosen Stand Juli 2008 erstellt. Im Nachgang zu der im 4. Quartal 2008 eingetretenen weltweiten Finanzmarktkrise wurden die Prognosen für das Wirtschaftswachstum 2009 schrittweise nach unten korrigiert. Das Ausmass der Rezession 2009 wurde zeitweise aber überschätzt, wie die jüngsten nach oben korrigierten Prognosen zeigen.

Für das weltweite Bruttosozialprodukt wird 2010 ein Wachstum von 2.8% (2009: -2.1%) erwartet, wobei im ersten Halbjahr vor allem noch die Impulse aus den bereits erwähnten staatlichen Impulsen wirken. Im zweiten Halbjahr sollten diese Effekte nach und nach durch privatwirtschaftliche Nachfrage ersetzt werden, um den Aufschwung über das Jahr 2010 hinaus zu sichern. Zudem gilt es zu beachten, dass viele Länder vor enormen internen Ungleichgewichten und strukturellen Problemen stehen. Die USA zusammen mit Grossbritannien als Beispiel stehen vor der Herausforderung, ihre massiv überschuldeten Privathaushalte zu sanieren.

Die Schweiz wiederum hat im dritten Quartal 2009 die Kehrtwende geschafft und aus der Rezession herausgefunden. Das reale BIP der Schweiz erholt sich zunehmend und zeichnet sich ab 2010 durch positive Zuwachsraten aus. Langsam aber sicher setzt die Erholung ein.

Dennoch gibt es diverse Belastungsfaktoren, welche nach wie vor Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung haben: Da wäre einerseits der massive Einbruch der Güterexporte gegenüber dem Vorjahr von 15% über die Periode von Januar bis August 2009 zu erwähnen, andererseits haben auch die Finanzdienstleistungsexporte sowie der Tourismus negative Wachstumsraten zu verzeichnen. Aus diesen Gründen reicht der Auftrieb noch nicht ganz, um den konjunkturellen Einbruch aus den Jahren 2008/2009 auszugleichen. Deshalb muss man für das Gesamtjahr 2009 immer noch mit einem BIP-Rückgang von 1.7% rechnen.

Nachfolgende Tabelle zeigt die in den Budgets 2009 und 2010 angenommenen volkswirtschaftlichen Kennzahlen im Vergleich zu den aktuellen Prognosen.

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.⁶

Angaben in %	B2009	R2009	B2010	P2010
BIP Wachstum (real) CH	1.6	-1.7	0.2	0.7
BIP Wachstum (real) BL	1.9	-1.0	0.3	0.6
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	1.6	-0.5	1.1	0.9
Zinsen Geldmarkt	0.5	0.5	0.9	0.9
Zinsen Kapitalmarkt	3.0	2.7	2.7	2.0
Arbeitslosenquote	2.5	4.2	4.9	4.9

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so zeigte sich dieser im Jahr 2009 noch erstaunlich robust. Trotzdem muss man aufgrund stark unterausgelasteten Kapazitäten und einer nur langsam voranschreitenden Erholung mit einer Zunahme der Arbeitslosenquote rechnen, welche im ersten Quartal 2010 schätzungsweise über 4.4% betragen wird. Dem entgegen stehen die bisher im Jahr 2009 noch robusten Konsumausgaben, wobei die Konsumentenstimmung bereits zu Beginn

⁶ Quelle: BAK Basel Economics, SECO

des Jahres 2009 stark abgenommen hat. Eine weiterhin steigende Arbeitslosigkeit und eine schwache Einkommensentwicklung im Jahr 2010 werden den Konsum dämpfen.

Ein Ausblick in die Nahe Zukunft zeigt Folgendes: 2010 wird das Jahr der Bewährung werden, was die Nachhaltigkeit der globalen Erholung betrifft. Sobald nämlich die Impulse der Konjunkturprogramme respektive Stützungsmaßnahmen nachlassen, müsste die privatwirtschaftliche Nachfrage nach und nach deren Aufgabe übernehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird auch das Jahr 2011 noch stark von den negativen Auswirkungen der Krise betroffen sein.

2.2 Finanzlage des Bundes

Das ordentliche Finanzierungsergebnis des Bundes für das Jahr 2009 weist einen Überschuss von 2.7 Milliarden Franken aus und übertrifft damit das Budget trotz Rezession um 1.8 Milliarden Franken. Die deutliche Verbesserung ist sowohl auf Mehreinnahmen, insbesondere bei der Verrechnungssteuer, als auch auf Minderausgaben zurückzuführen. Der Jahresabschluss 2009 ist umso beachtlicher, als das Parlament über eine Milliarde zusätzlicher Mittel für die Wirtschaftsstabilisierung gesprochen hat. Insgesamt zeugt das Ergebnis somit von anhaltender Ausgaben disziplin von Bundesrat und Verwaltung. Aus dem Verkauf der Pflichtwandelanleihe der UBS resultierten Einnahmen von rund 7.2 Milliarden, die grösstenteils ausserordentlich verbucht wurden. Insgesamt ist ein erfreulicher Überschuss von 9.7 Milliarden zu verzeichnen. Dieser erlaubte einen massiven Schuldenabbau um 11 Milliarden auf 111 Milliarden Franken.

2.3 Finanzausgleich Kanton - Gemeinden

In der Staatsrechnung 2009 kommt noch das bisherige Finanzausgleichssystem zur Anwendung. Die Einführung des neuen Finanzausgleichs erfolgt im Rechnungsjahr 2010.

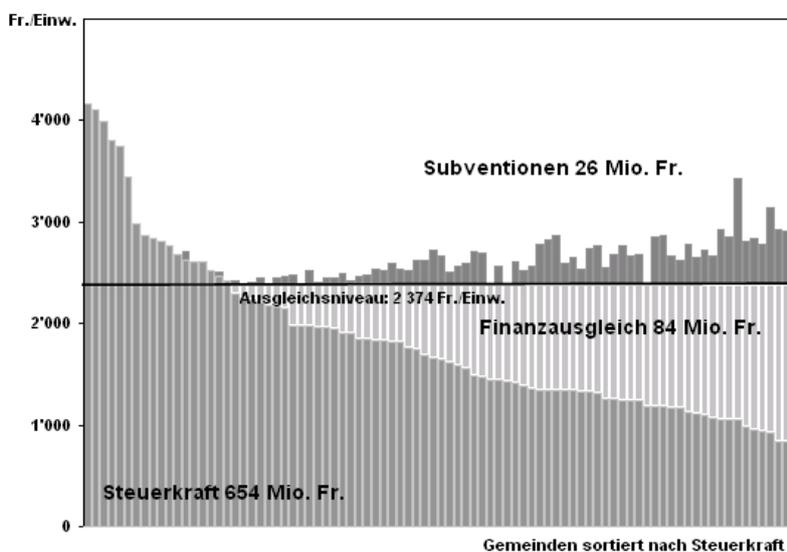
Durch den Finanzausgleich sollen ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung sowie in den Leistungen der Gemeinden erreicht werden⁷. Der Kanton leistet als Grundversorgung ungebundene Beiträge an die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Im Jahr 2009 waren es 83.8 Mio. Franken. Allen Gemeinden wird ein damit minimaler Ertrag pro Einwohner garantiert (Ausgleichsniveau 2009: 2'374 Fr./Einw.). Wird dieses Minimum durch die eigene Steuerkraft nicht erreicht, so wird die Differenz aus dem ungebundenen Finanzausgleich ausgeglichen. Über diese Beiträge können die Einwohnergemeinden im Rahmen ihrer Aufgaben frei verfügen. Die Steuerkraft wird nicht auf dem effektiven Steuerfuss, sondern auf einem für alle gleichen fiktiven Steuerfuss berechnet, wodurch diese nicht durch Steuerfusserhöhungen oder -reduktionen manipulierbar ist. Der Regierungsrat kann in Ausnahmefällen ausserordentliche Beiträge aus einem Ausgleichsfonds sprechen. Ausserordentliche Beiträge kann eine Gemeinde als Restfinanzierung an einzelne Aufgaben erhalten, wenn sie diese Aufgaben sonst nicht erfüllen kann oder wenn unzumutbare Belastungen entstehen. Die Summe der ungebundenen Beiträge und die Einlage in den Ausgleichsfonds (vgl. Fonds 8067 im Anhang zur Staatsrechnung) betragen zusammen jährlich 7% der Staatssteuererträge. Im 2009 wurde keine Einlage in den Ausgleichsfonds getätigt.

Zusätzlich erhalten die ausgleichsberechtigten Gemeinden einen zweckgebundenen Finanzausgleich in Form von Subventionen an die Besoldungen der Lehrkräfte der Kindergärten und der Primarschulen von maximal 75% der anrechenbaren Kosten. Der Beitragssatz basiert auf der Steuerkraft und ist mit einem Kinderindex modifiziert.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Steuerkraft (mittelgrau), den ungebundenen Finanzausgleich (hellgrau) und den gebundenen Finanzausgleich (Subventionen, dunkelgrau) für das Jahr 2009.

Abbildung 4: Finanzausgleich Baselbieter Gemeinden 2009.

Steuerkraft, ungebundener Finanzausgleich und Subventionen in Fr./Einwohner 2009



⁷ Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, §134, Abs. 2.

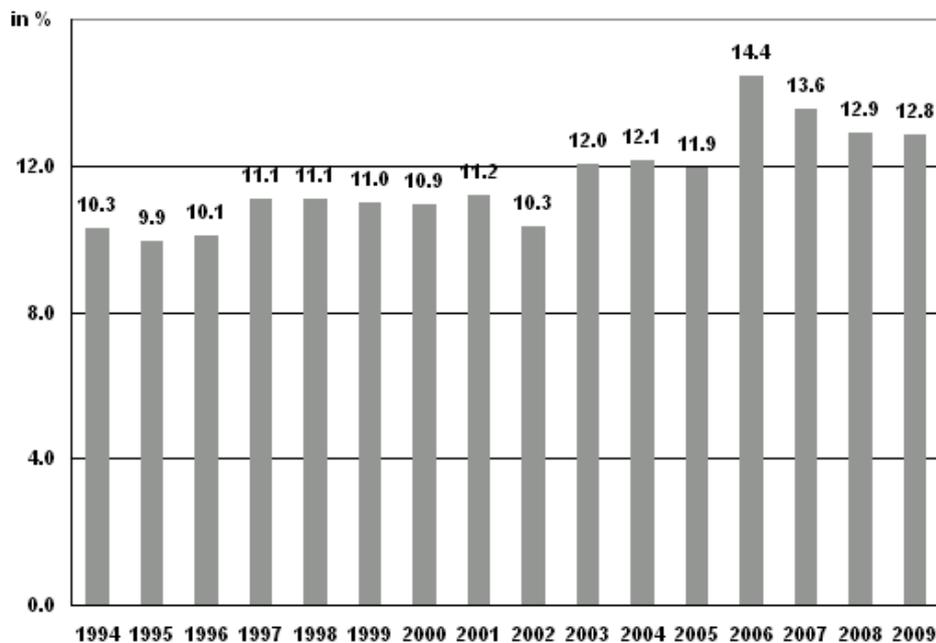
Der steigende Anteil des ungebundenen Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden kann aus übergeordneter Sicht weder positiv noch negativ beurteilt werden. Die Auswirkungen auf die Verteilung wie auch auf den Zentralisierungsgrad der Aufgabenerfüllung sind ungewiss. Neben dem ungebundenen Finanzausgleich spielen weitere Faktoren wie der EL-Schlüssel, die Aufgabenteilung, die Beiträge der Gemeinden an den Kanton und die Subventionierung der Besoldung der Lehrpersonen eine Rolle.

Der Anstieg des ungebundenen Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden erklärt sich wie folgt:

- Bei der Revision des Finanzausgleichs im 2003 sind die Ertragsanteile der Gemeinden an gewissen Steuern des Kantons (Handänderungssteuer, Erbschaftssteuer, etc.) weggefallen. Dadurch ist die Steuerkraft der Gemeinden tendenziell gesunken.
- Der fiktive Steuerfuss (gewichteter Durchschnittssteuerfuss der Gemeinden) ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken (von 57.5% im 1998 auf 55% im Jahr 2009). Dadurch hat auch die Steuerkraft der Gemeinden im Vergleich zu derjenigen des Staates abgenommen.
- In einzelnen Jahren ist es zu einmaligen Abweichungen zwischen dem Steuerertrag des Kantons und demjenigen der Gemeinden gekommen: Im Jahr 2002 betrug der zu verteilende Finanzausgleichsbetrag nur 59.6 Mio. (im 2001 noch 63.4 Mio. und im 2003 wieder 67.0 Mio.), dadurch ist im 2002 der Anteil des ungebundenen Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden gesunken. In den Jahren 2006 und 2007 ist das Gegenteil passiert: Durch Sonderfaktoren bei der Abgrenzung von Vorjahressteuererträgen ist der zu verteilende Finanzausgleichsbetrag von 71.4 Mio. auf 87.1 Mio. stark angestiegen. Dadurch ist auch der Anteil des ungebundenen Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden stark angestiegen.

Abbildung 5: Entwicklung Finanzausgleich in % der Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.

Prozentualer Anteil des Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden seit 1994



Erhöhter Wert im 2006, da die Rechnung 2005 geprägt war durch Steuererträge aus Vorjahren.

Die folgende Tabelle stellt die Basis der oben stehenden Abbildung dar und zeigt die absoluten Zahlen der Steuerkraft und des Finanzausgleichs von 1994 bis 2009.

Tabelle 3: Entwicklung Finanzausgleich und Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.

Jahr	Steuerkraft	Finanzausgleich	Finanzausgleich in % der Steuerkraft
1994	463	47.6	10.3
1995	502	49.8	9.9
1996	523	52.8	10.1
1997	534	59.3	11.1
1998	537	59.6	11.1
1999	543	59.7	11.0
2000	557	60.9	10.9
2001	567	63.4	11.2
2002	577	59.6	10.3
2003	557	67.0	12.0
2004	575	69.8	12.1
2005	598	71.4	11.9
2006	603	87.1	14.4
2007	613	83.1	13.6
2008	634	81.8	12.9
2009	654	83.8	12.8

Im Jahr 2010 wird der neue Finanzausgleich eingeführt. Diverse Zahlungsströme zwischen den Gemeinden und dem Kanton werden dabei modifiziert. Unter anderem leisten die Gemeinden ab dem Jahr 2010 keine Beiträge mehr an den öffentlichen Verkehr (Umweltschutzabonnemente und ungedeckte Kosten der Transportunternehmungen).

Der neue Finanzausgleich hat folgende einmalige Auswirkung auf die Staatsrechnung 2009: Die Gemeindebeiträge für die Umweltschutzabonnemente wurden den Gemeinden jeweils erst im Folgejahr in Rechnung gestellt. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden wird den Gemeinden die im Jahr 2010 fällig werdende Tranche für das Jahr 2009 (rund 10.5 Mio. Franken) erlassen. Da diese Gemeindebeiträge im Voranschlag 2009 des Kantons periodengerecht eingestellt worden sind, resultieren in der Staatsrechnung entsprechende Mindererträge. Die Übernahme dieser Gemeindebeiträge durch den Kanton kann als eine sehr grosszügige Lösung angesehen werden. Zumal die letzte Systemumstellung im Jahr 2003 ebenfalls zu Lasten des Kantons vorgenommen worden ist.

Weitere Budgetabweichungen resultieren, weil die Kosten des öffentlichen Verkehrs nicht so hoch ausgefallen sind wie erwartet. Zudem kommt es aufgrund der definitiven Schlussabrechnung 2008 im Kalenderjahr 2009 zu einer Rückzahlung vom Kanton an die Gemeinden für zuviel geleistete Akontozahlungen im Jahr 2008 im Umfang von etwa 1.2 Mio. Franken.

3 Defizitbremse

Das Eigenkapital reicht zur Deckung des Aufwandüberschusses aus dem Rechnungsabschluss 2009 aus, so dass kein Bilanzfehlbetrag entsteht. Das Eigenkapital vermindert sich um den Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung auf 154.4 Mio. Franken. Der Voranschlag 2010 führt mit einem Aufwandüberschuss von 113.9 Mio. Franken zu einer weiteren Reduktion des Eigenkapitals. Da das Eigenkapital Ende 2010 weniger als 100 Mio. Franken betragen wird, steht für den Voranschlag 2011 kein Eigenkapital mehr zur Verfügung.

Tabelle 4: Entwicklung Eigenkapital mit Rechnung 2009 und Budget 2010.

in Mio. Fr.	R 2008	R 2009	B 2010
Saldo Erfolgsrechnung	2.2	-55.9	-113.9
Eigenkapital per 31.12.	210.3	154.4	40.5

Aus heutiger Sicht ist es nicht realistisch, den Haushaltsausgleich bereits im Voranschlag 2011 herbeizuführen. Auf der einen Seite erholt sich die Wirtschaft nur langsam, auf der anderen Seite beansprucht die Umsetzung von Entlastungsmassnahmen eine gewisse Zeit. Eine Steuerfusserhöhung soll mit Blick auf die Wirtschaftslage und mit Blick auf die Standortattraktivität des Kantons wenn immer möglich vermieden werden.

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der guten Rechnungsabschlüsse jeweils Reserven für zukünftige Bauvorhaben, sog. Vorfinanzierungen, geäufnet. Diese Vorfinanzierungen entsprechen zweckgebundenem Eigenkapital, das im Rahmen der Defizitbremse nicht zur Reduktion eines Defizits eingesetzt werden kann. Diese Reservenbildungen wurden dem Landrat jeweils mit separatem Antrag zum Beschluss unterbreitet und dem fakultativen Gesetzesreferendum unterstellt. Es existieren folgende Vorfinanzierungen:

Tabelle 5: Stand Vorfinanzierungen (Reserven für zukünftige Bauvorhaben) vor Schaffung der Konjunkturausgleichsreserve.

in Mio. Fr.	R 2009	B 2010
Schulbaufonds (Übernahme Sekundarschulbauten)	89.1	0
Campus FHNW	100.0	98.2
Neubau Bruderholzspital	237.1	221.1
Total	426.2	319.3

Mit dem Rechnungsabschluss 2009 beantragt der Regierungsrat, die Vorfinanzierung für den Neubau des Bruderholzspitals im Umfang von 220 Mio. Franken in eine Konjunkturausgleichsreserve zu überführen. Die Konjunkturausgleichsreserve kommt freiem Eigenkapital gleich und hat in erster Linie die Funktion, Staatsdefizite in wirtschaftlich schwierigen Jahren auszugleichen. Eine direkte Erhöhung des Eigenkapitals wäre nur durch einen entsprechenden Ertragsüberschuss in der laufenden Rechnung möglich. Der Ausweis eines Ertragsüberschusses im Abschluss 2009 würde aber falsche Signale setzen.

Die Äufnung der Konjunkturausgleichsreserve wird dem Landrat im Rahmen des Rechnungsabschlusses mit separatem Antrag zum Beschluss unterbreitet. Die Transparenz ist gewährleistet, da Einlagen und Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsreserve in der ausserordentlichen Stufe des Erfolgsausweises und im Eigenkapitalnachweis ausgewiesen werden.

Die Auflösung der Vorfinanzierung für den Neubau des Bruderholzspitals stellt kein Präjudiz dar für die Realisierung des Neubaus. Zum einen hätte die Vorfinanzierung ohnehin nicht ausgereicht zur vollständigen Finanzierung des Neubaus, zum anderen werden mit der neuen Spitalfinanzierung ab 2012 mit der Fallpauschale auch die Infrastrukturkosten der Spitalbetriebe abgegolten. Mit Ausnahme von einigen wenigen Kostenelementen sollen die Fallpauschalen die gesamten Kosten decken. Ab 2012 müssen neue Finanzierungsformen für die Neubauten der Spitalbetriebe in Betracht gezogen werden. Gegenwärtig ist ohnehin noch nicht klar, wie weit die Spitalbetriebe ausgelagert werden.

Tabelle 6: Entwicklung Eigenkapital und Konjunkturausgleichsreserve Rechnung 2009 und Budget 2010

in Mio. Fr.	R 2008	R 2009	B 2010
Saldo Erfolgsrechnung	2.2	-55.9	-113.9
Eigenkapital per 31.12.	210.3	154.4	40.5
Schaffung einer Konjunkturausgleichsreserve	--	220.0	
Eigenkapital mit Konjunkturausgleichsreserve		374.4	260.5

4 Details zur Rechnung 2009

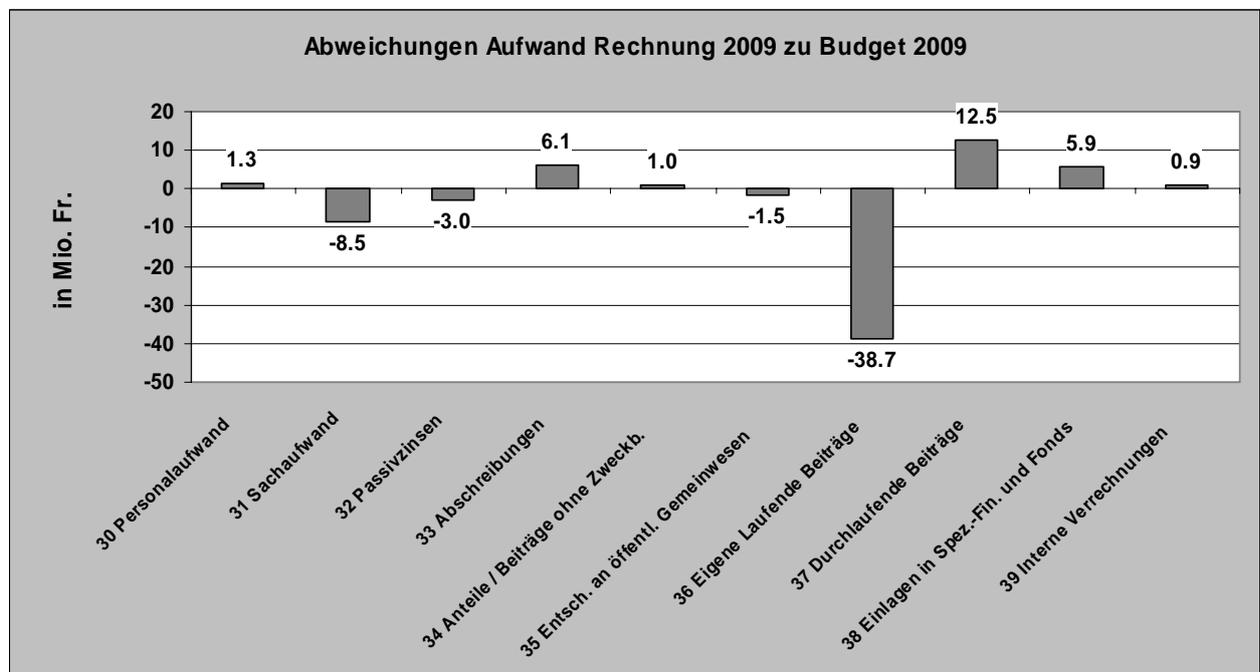
4.1 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die verschiedenen Aufwandkontogruppen im Vergleich zum Budget und zur Vorjahresrechnung.

Tabelle 7: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung zu Rechnung 2008		Abweichung zu Budget 2009	
				in Mio. Fr.	in %	in Mio. Fr.	in %
30 Personalaufwand	948.7	1'003.0	1'001.7	54.4	5.7%	1.3	0.1%
31 Sachaufwand	330.7	339.5	348.0	8.9	2.7%	-8.5	-2.4%
32 Passivzinsen	41.1	34.8	37.7	-6.3	-15.3%	-3.0	-7.8%
33 Abschreibungen	329.9	133.2	127.0	-196.8	-59.6%	6.1	4.8%
34 Anteile / Beiträge ohne Zweckb.	112.3	107.0	105.9	-5.3	-4.7%	1.0	1.0%
35 Entsch. an öffentl. Gemeinwesen	94.2	96.2	97.7	2.0	2.1%	-1.5	-1.5%
36 Eigene Laufende Beiträge	884.6	899.0	937.7	14.4	1.6%	-38.7	-4.1%
37 Durchlaufende Beiträge	75.6	84.4	71.8	8.8	11.6%	12.5	17.4%
38 Einlagen in Spez.-Fin. und Fonds	235.9	27.3	21.4	-208.6	-88.4%	5.9	27.7%
39 Interne Verrechnungen	14.6	16.6	15.7	2.0	13.6%	0.9	5.9%
Gesamttotal Aufwand	3'067.6	2'741.0	2'764.7	-326.6	-10.6%	-23.7	-0.9%

Abbildung 6: Abweichungen Aufwand Rechnung 2009 zu Budget 2009.



Personalaufwand (30)

Der Regierungsrat gibt den Direktionen mit dem Sollstellenplan vor, wie viele Stellen im Durchschnitt im Rahmen des Budgets besetzt werden dürfen. Die Überprüfung des Stellenplans geschieht jeweils stichtagbezogen per 31.12. des Berichtsjahres. Der Vergleich zwischen Sollstel-

lenplan und Stichtag zeigt, dass in der Verwaltung im engeren Sinne am 31.12.2009 insgesamt 59.1 bzw. 2.5% der budgetierten Stellen nicht besetzt waren. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde der Stellenplan per Stichtag besser ausgeschöpft. Die Aussagekraft dieser Stichtagsbetrachtung ist allerdings zu relativieren, da sie von Zufälligkeiten abhängt. Die Erhöhung der Abgrenzungen für Überzeit- und Ferienguthaben gegenüber dem Vorjahr zeugt davon, dass das Personal anhaltend hoch belastet ist. Die Kreditübertragungen weisen zudem darauf hin, dass zahlreiche Projekte nur mit Verzögerung realisiert werden können.

Die nicht besetzten Stellen sind teilweise auf Schwierigkeiten (Steuerverwaltung) bzw. auf Verzögerungen bei der Besetzung der Stellen zurückzuführen (Dienststellen der Bau- und Umweltschutzdirektion, Kantonsgericht). Bei der Sicherheitsdirektion wird die geplante Anzahl auszubildender Aspiranten für die Polizei unterschritten. In der Finanz- und Kirchendirektion wird das Kontingent für die ganze Verwaltung für geschützte Arbeitsplätze um 12 Stellen nicht ausgeschöpft (Einpendelung des Bestandes in den letzten Jahren auf ca. 20 Vollstellen). Gründe für den jährlichen leichten Rückgang sind mehr Austritte als Eintritte aus den geschützten Arbeitsplätzen infolge Vollarbeitslosigkeiten, Pensionierungen oder Übertritt in ein ordentliches Anstellungsverhältnis.

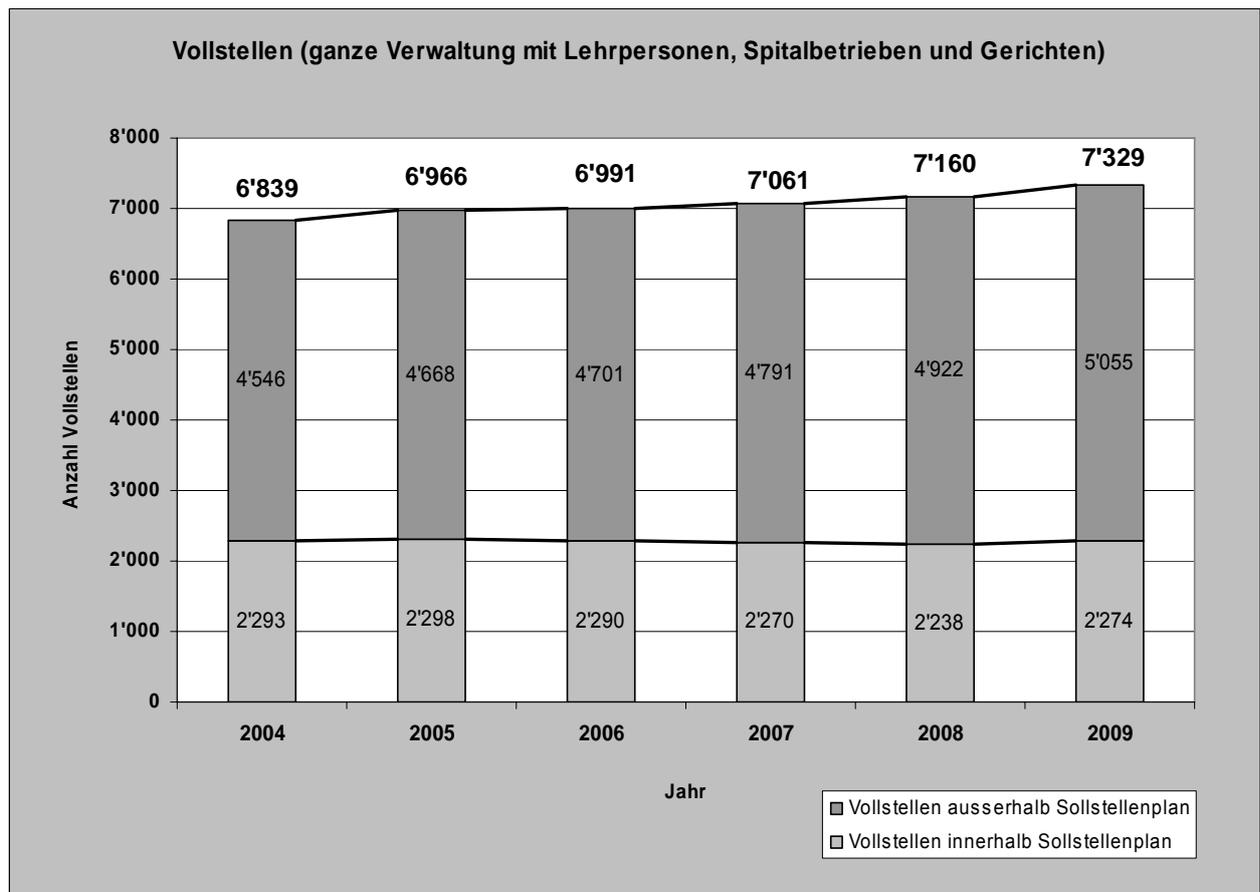
Tabelle 8: Vergleich Sollstellenplan 2009 und Stichtagserhebung per 31.12.2009.

Organisationseinheit	Sollstellenplan 2009	Vollstellen Stichtag 31.12.2009	Differenz
Allg. Verw.	27.1	27.3	0.2
FKD	312.6	290.6	-22.0
VGD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	172.6	169.4	-3.2
BUD	453.1	443.9	-9.2
SID	966.7	953.0	-13.7
BKSD (ohne Lehrpersonen)	401.2	390.0	-11.2
Total (Sollstellenplan)	2333.3	2274.2	-59.1
ausserhalb Sollstellenplan			
<i>Gerichte und Strafverfolgungsbehörden</i>	232.1	218.3	-13.8
<i>VGD Spitalbetriebe</i>	3011.9	3111.0	99.1
<i>VGD refinanz. Stellen KIGA</i>	118.2	149.7	31.5
<i>BKSD Lehrpersonen</i>	1536.0	1575.8	39.8
TOTAL ZUNAHME STELLEN	7231.5	7329.0	97.5

Die Spitalbetriebe haben gegenüber dem Vorjahr rund 93 Stellen zusätzlich besetzt. Bei den Lehrpersonen verlangte die Klassenbildung eine Erhöhung der Vollstellen gegenüber dem Vorjahr, und zwar bei den Sekundarschulen, beim Gymnasium Liestal und bei der gewerblich-industriellen Berufsschule Muttenz.

Die Budgetüberschreitung beim Personalaufwand von 1.3 Mio. Franken ist eine Folge von verschiedenen Entwicklungen: Die nicht budgetierten Mehraufwendungen im Zusammenhang mit dem Lohnvergleich für Abschlüsse in der Krankenpflege DN II von 7.5 Mio. Franken können durch Minderaufwendungen in anderen Bereichen aufgefangen werden. Beim Beitragssatz Familienausgleichskasse resultiert eine Entlastung von 2.9 Mio. Franken (Reduktion Beitragssatz von 1.8% auf 1.4%).

Abbildung 7: Vollstellen (ganze Verwaltung mit Lehrpersonen, Spitalbetrieben und Gerichten).



Sachaufwand (31)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+8.2	Medizinisches Verbrauchsmaterial und Arzthonorare/medizinische Fremdleistungen Spitalbetriebe
-1.8	Informatikaufwand
-2.1	Heizmaterial HBA und AIB u.a. Verbilligung Gas und erstmalige Abgrenzung der Heizölbestände aller Liegenschaften
-4.1	Berater, Gutachter, Experten; hauptsächlich im ERP-Projekt (teilweise Kompensation durch Personalmehraufwand) und verzögerte Projektarbeiten im AUE.
-2.5	Übrige Dienstleistungen von Dritten; Informatikprojekt AKIS/Net der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft wurde im 2009 mit zeitlicher Verzögerung gestartet (-0.8 Mio. Franken), Realisierung der Finanzierung der Bespielung des Römischen Theaters über den Lotteriefonds (-0.6 Mio. Franken) sowie diverse Budgetabweichungen bei der SID (Polizei und Amt für Militär und Bevölkerungsschutz)
-3.6	Sinkender Umsatz sowie tiefere Preiserhöhungen beim Treibstoff (TBA)
-1.9	Schadeninstandstellung Hochwasser 2007 TBA Wasserbau (+0.5 Mio. Franken), Altlastensanierung AUE (-2.4 Mio. Franken)
-0.7	Diverses
-8.5	Total

Passivzinsen (32)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-3.1	Tiefere Zinssätze für die Verzinsung der Fonds-Kontokorrente
+0.1	Diverses
-3.0	Total

Abschreibungen (33)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-4.7	Tieferer Wertberichtigungsbedarf im Steuerbereich (-5.9 Mio. Franken), weniger Abschreibungsbedarf von Guthaben beim Sozialamt (-0.6 Mio. Franken), div. Budgetüberschreitungen SID (+0.9 Mio. Franken), erhöhter Abschreibungsbedarf von Forderungen bei den Gerichten (+0.9 Mio. Franken)
-2.1	Tiefere Abschreibungen bei der VGD (-0.1 Mio. Franken), der BUD (-1.8 Mio. Franken) und der SID (-0.2 Mio. Franken)
+12.5	Erhöhung der Rückstellungen für Altlasten, etc.
+0.4	Diverses
+6.1	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.0	Im Rahmen des Finanzausgleichs gab es im 2009 keine Einlage in den Ausgleichsfonds, denn alle Mittel des Finanzausgleichs wurden an die Gemeinden ausgeschüttet
+1.0	Total

Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (35)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-3.2	Abgeltungen an den Kanton Basel-Stadt in den Bereichen Spitalabkommen (-2.0 Mio. Franken) und geschlossene Haftplätze in der Universitätspsychiatrischen Klinik Basel-Stadt (-1.2 Mio. Franken)
+1.9	Kantonsbeiträge an die Gemeinden für Unterhalt, Miete und Annuitäten der Sekundarschulbauten
-0.2	Diverses
-1.5	Total

Eigene Laufende Beiträge (36)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-1.9	Korrekturen der Jahresabgrenzungen 2008 für die Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS/BL (-1.9 Mio. Franken)
-2.7	VGD Bereich Spitalabkommen und Beiträge: Begünstigung der Kantone durch grössere Patientenanzahl von besser finanzierten IV-Versicherten (-2.7 Mio. Franken)
-24.2	Zwei Grossprojekte von Pflegeheimen sind zurückgezogen worden (zwecks Neuplanung) (-11.3 Mio. Franken), geringere Abgeltungen an die Transportunternehmen auf Grund positiver Ertragsentwicklung (-4.0 Mio. Franken), Verzögerungen bei Bauprojekten im Bereich des Öffentlichen Verkehrs (-8.9 Mio. Franken)
+2.0	Zunahme Schüler am Bildungszentrum kvBL (+2.0 Mio. Franken)
+8.1	Zunahme Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen (+3.2 Mio. Franken) und an Einrichtungen für behinderte Erwachsene (+4.9 Mio. Franken)
-3.9	Weniger Beiträge an private Organisationen durch das Sozialamt (-2.7 Mio. Franken), Verzögerung Umzug Forschungszentrum Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA (CSEM) nach Muttenz (-1.2 Mio. Franken)
-15.6	Kantonsbeiträge an Ergänzungsleistungen tiefer als erwartet (Unsicherheit infolge Umstellung im Rahmen des NFA; -16.6 Mio. Franken), Zunahme der durchgeführten stationären Drogentherapien (+1.0 Mio. Franken)
-0.5	Diverses
-38.7	Total

Einlagen in Spezialfinanzierungen (38)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+5.6	Bildung von Rücklagen der Spitalbetriebe (Globalbudget)
+0.3	Diverses
+5.9	Total

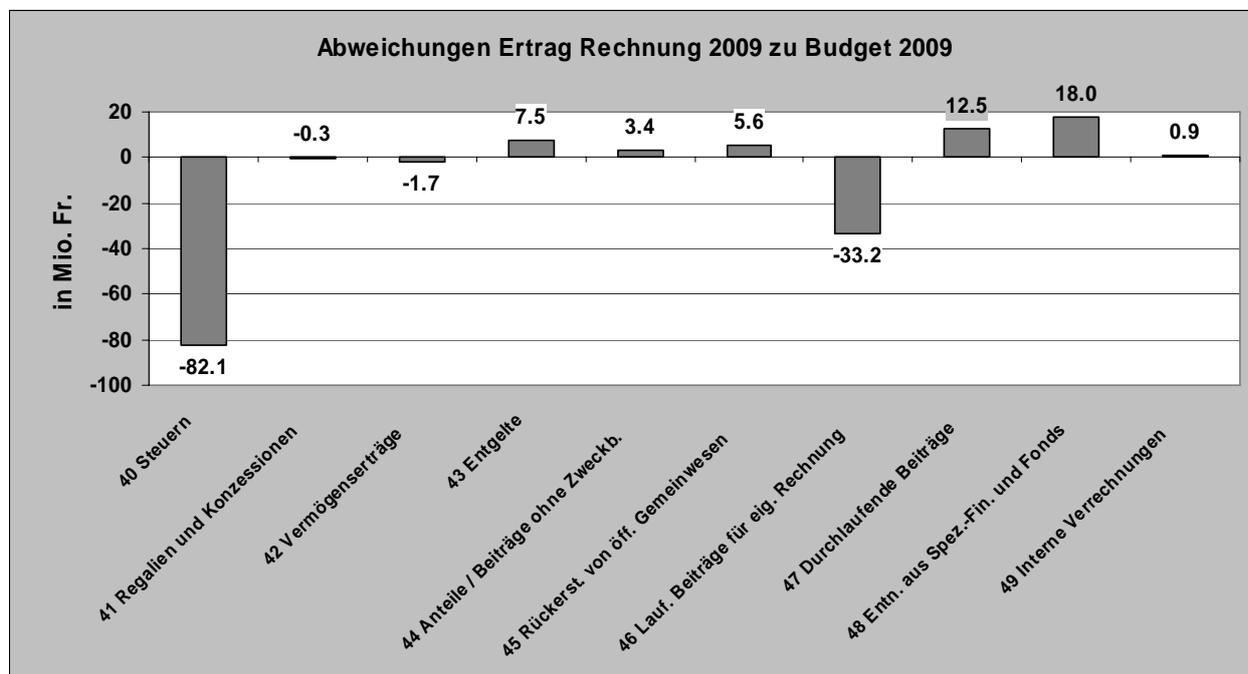
4.2 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die verschiedenen Ertragskontogruppen im Vergleich zum Budget und der Vorjahresrechnung.

Tabelle 9: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung zu Rechnung 2008		Abweichung zu Budget 2009	
				Wert	Prozent	Wert	Prozent
40 Steuern	1'477.2	1'402.5	1'484.6	-74.7	-5.1%	-82.1	-5.5%
41 Regalien und Konzessionen	65.7	65.1	65.4	-0.6	-0.9%	-0.3	-0.5%
42 Vermögenserträge	300.8	88.6	90.3	-212.2	-70.6%	-1.7	-1.9%
43 Entgelte	523.4	502.0	494.5	-21.4	-4.1%	7.5	1.5%
44 Anteile / Beiträge ohne Zweckb.	108.2	104.9	101.5	-3.3	-3.0%	3.4	3.3%
45 Rückerst. von öff. Gemeinwesen	65.3	72.0	66.3	6.7	10.3%	5.6	8.5%
46 Lauf. Beiträge für eig. Rechnung	345.9	326.4	359.6	-19.6	-5.7%	-33.2	-9.2%
47 Durchlaufende Beiträge	75.6	84.4	71.8	8.8	11.6%	12.5	17.4%
48 Entn. aus Spez.-Fin. und Fonds	93.2	22.9	4.9	-70.3	-75.4%	18.0	365.9%
49 Interne Verrechnungen	14.4	16.4	15.5	2.0	13.7%	0.9	6.0%
Gesamttotal Ertrag	3'069.8	2'685.1	2'754.5	-384.7	-12.5%	-69.4	-2.5%

Abbildung 8: Abweichungen Ertrag Rechnung 2009 zu Budget 2009.



Steuern (40)

Auf Grund von Neueinschätzungen bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommen, Vermögen, Ertrag, Kapital) ist mehrheitlich eine negative Abweichung im Vergleich zum Budget zu verzeichnen (vgl. Dienststellenkommentare FKD zu Rubrik 2115).

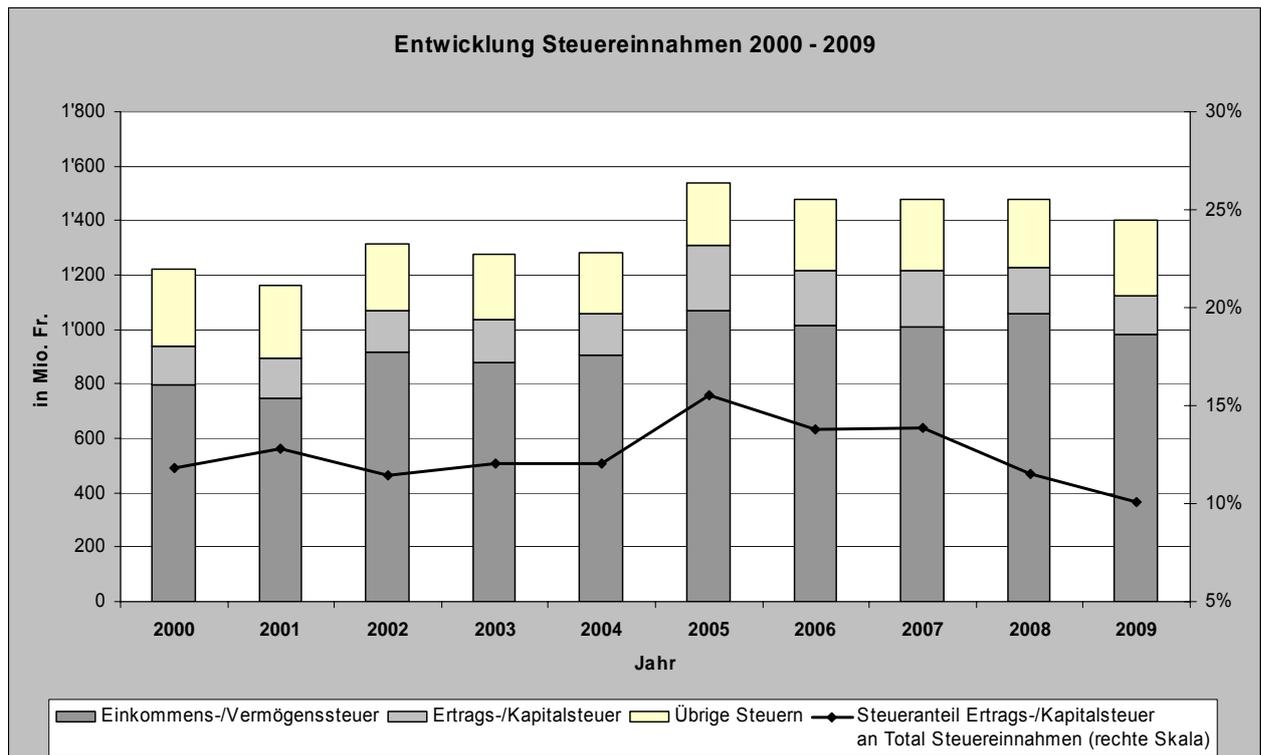
Die gesamten Steuererträge gliedern sich wie folgt:

Tabelle 10: Steuererträge gegliedert nach Arten.

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung zu Rechnung 2008		Abweichung zu Budget 2009	
Einkommenssteuer nat. Personen	935.0	859.6	951.0	-75.4	-8.1%	-91.4	-9.6%
Vermögenssteuer nat. Personen	121.5	121.6	124.0	0.1	0.1%	-2.4	-1.9%
Grenzgänger, Nach- und Strafsteuern, Doppelbest.-Abkommen	38.9	56.8	44.0	17.9	46.1%	12.8	29.0%
Ertragssteuer juristische Personen	155.5	126.2	134.0	-29.2	-18.8%	-7.8	-5.8%
Kapitalsteuer juristische Personen	14.7	15.0	13.5	0.3	2.1%	1.5	11.4%
Kirchensteuer jurist. Personen	8.5	7.1	7.4	-1.4	-17.0%	-0.3	-4.2%
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	16.3	16.8	16.5	0.5	3.2%	0.3	1.7%
Grundstückgewinnsteuer	26.1	28.2	28.0	2.0	7.8%	0.2	0.7%
Handänderungssteuer	30.4	31.0	30.0	0.5	1.8%	1.0	3.2%
Erbschafts- und Schenkungssteuer	33.1	40.0	37.0	6.9	20.9%	3.0	8.1%
Verkehrssteuer	97.3	100.3	99.2	3.0	3.1%	1.1	1.1%
Gesamttotal Steuern	1'477.2	1'402.5	1'484.6	-74.7	-5.1%	-82.1	-5.5%

Nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der gesamten Steuereinnahmen der letzten zehn Jahre.

Abbildung 9: Entwicklung Steuereinnahmen 2000 bis 2009.



Die Steuererträge der vier periodischen Steuerarten sind nachfolgend getrennt mit dem Ausweis der Erträge aus Vorjahren (basierend auf der aktuellsten Erwartungsrechnung) dargestellt. Erstmals seit Einführung dieser Praxis beim Jahresabschluss 2005 ist der Abgrenzungsbedarf für Vorjahre im Ganzen negativ. Die Ertragsminderung ist ausschliesslich bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen eingetreten, und zwar aufgrund einer Reduktion des kantonalen Volkseinkommens im Jahr 2008.

Tabelle 11: Abgrenzung Vorjahre der periodischen Steuererträge.

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung zu Rechnung 2008		Abweichung zu Budget 2009	
Einkommenssteuer nat. Pers. 08/09	926.5	894.0	951.0	-32.5	-3.5%	-57.0	-6.0%
Abgrenzung Vorjahre	8.5	-34.4					
Total	935.0	859.6	951.0	-75.4	-8.1%	-91.4	-9.6%
Vermögenssteuer nat. Pers. 08/09	115.0	120.5	124.0	5.5	4.8%	-3.5	-2.8%
Abgrenzung Vorjahre	6.5	1.1					
Total	121.5	121.6	124.0	0.1	0.1%	-2.4	-1.9%
Ertragssteuer juristische Pers. 08/09	133.1	120.0	134.0	-13.1	-9.8%	-14.0	-10.5%
Abgrenzung Vorjahre	22.4	6.3					
Total	155.5	126.2	134.0	-29.2	-18.8%	-7.8	-5.8%
Kapitalsteuer juristische Pers. 08/09	13.4	14.1	13.5	0.7	5.3%	0.6	4.7%
Abgrenzung Vorjahre	1.3	0.9					
Total	14.7	15.0	13.5	0.3	2.1%	1.5	11.4%
Total periodische Steuern 08/09	1'188.0	1'148.6	1'222.5	-39.3	-3.3%	-73.9	-6.0%
Abgrenzung Vorjahre	38.7	-26.2					
Total	1'226.7	1'122.5	1'222.5	-104.2	-8.5%	-100.0	-8.2%

Die Einschätzung der Ertragssteuer juristischer Personen ist schwierig und risikobehaftet. Der vergleichsweise günstige Branchenmix im Baselbiet führt dazu, dass sich der Ertragsrückgang gegenüber dem Vorjahr bei rund 10 Prozent bewegt.

Vermögenserträge (42)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-5.8	Tiefere Zinssätze führen zu tieferen Zinseinnahmen aus Bank-/Postkontokorrenten, Fondskontokorrenten und Festgeldanlagen
+3.5	Neben effektiv erhobenen Verzugszinsen sind auch Zinsen verbucht, die auf Basis der Fälligkeit von Vorausrechnungen und provisorischen Rechnungen ermittelt sind
-4.1	Tiefere Zinsen und Reduktion der Darlehen führen zu tieferen Zinserträgen
+1.4	Ertrag aus treuhänderischem Liegenschaftenbesitz
+3.3	Bewertungsgewinne aus Verkauf Obligationen (+1.0 Mio. Franken), Verkauf von mehr Liegenschaften FV als vorgesehen (+2.3 Mio. Franken)
-1.0	Anteil am Reingewinn der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Geschäftsjahr 2008)
+1.0	Diverses
-1.7	Total

Entgelte (43)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+7.8	Pflege­taxen und Erträge aus medizinischen Leistungen
-3.1	Tiefere Treibstoffpreiserhöhungen und weniger Absatz
+3.2	Rückerstattung Lohnaufwand, EO und Unfallgelder
+4.6	Erträge aus Arzthonoraren bei den Spitalbetrieben
-3.3	Mindererträge aus Polizeibussen
-1.7	Diverses
+7.5	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-2.1	Anteil an der Direkten Bundessteuer
+4.8	Höherer Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer (weniger Rückerstattungsanträge beim Bund)
+0.7	Diverses
+3.4	Total

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (45)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.9	Erhöhte Refinanzierung (RAV) durch Bund
+1.0	Rückerstattungen Kanton Basel-Stadt im Schulbereich
+1.7	Rückerstattungen Kanton Solothurn im Spitalbereich
+1.0	Diverses
+5.6	Total

Laufende Beiträge für eigene Rechnung (46)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-4.2	Minderaufwand bei den Ergänzungsleistungen führt zu tieferen Bundesbeiträgen (-1.4 Mio. Franken), Anteil an der LSVA (-1.6 Mio. Franken), Kantonsanteil an der Mineralölsteuer (+0.8 Mio. Franken), Bundesbeitrag "Ausbau BLT Linie 10 Dornach-Arlesheim" direkt an Bestellergemeinschaft (-3.3 Mio. Franken), Bundesbeiträge AUE (+0.6 Mio. Franken), Lärmsanierungen SBB-Bahnlinien (+0.7 Mio. Franken)
-31.4	Gemeindebeiträge an die Ergänzungsleistungen AHV/IV (-7.8 Mio. Franken), sinkende Abwasserkosten (-9.4 Mio. Franken), Gemeindebeiträge beim öffentlichen Verkehr (-3.7 Mio. Franken) sowie Erlass der Gemeindebeiträge für Umweltschutzabonnemente Tranche 2009 im Rahmen des neuen Finanzausgleichs (-10.5 Mio. Franken)
+1.2	AIB Frachtgebühren an Industrie- und Gewerbebetriebe für hohe Abwasserfrachten
+1.2	Diverses
-33.2	Total

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (48)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+17.7	Auflösung von Rückstellungen Verpflegungskostenabzug STV (9 Mio. Franken) sowie diverse Neubewertungen von Rückstellungen
+0.3	Diverses
+18.0	Total

4.3 Wichtigste Abweichungen gegenüber Rechnung 2008

Abbildung 10: Abweichungen Aufwand Rechnung 2009 zu Rechnung 2008.

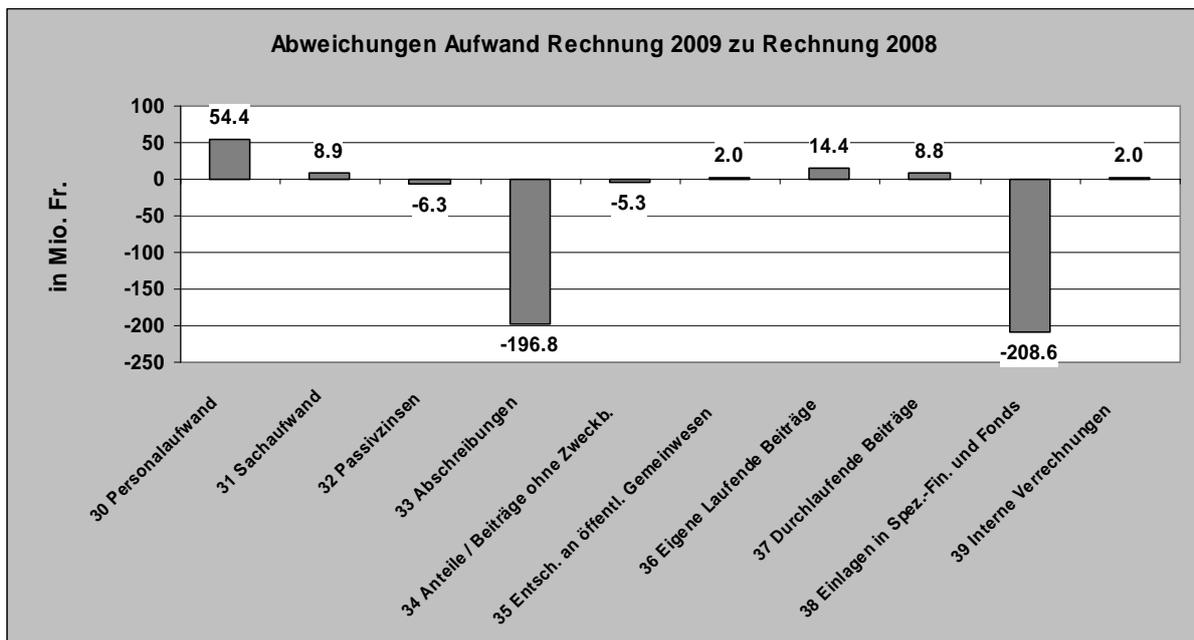
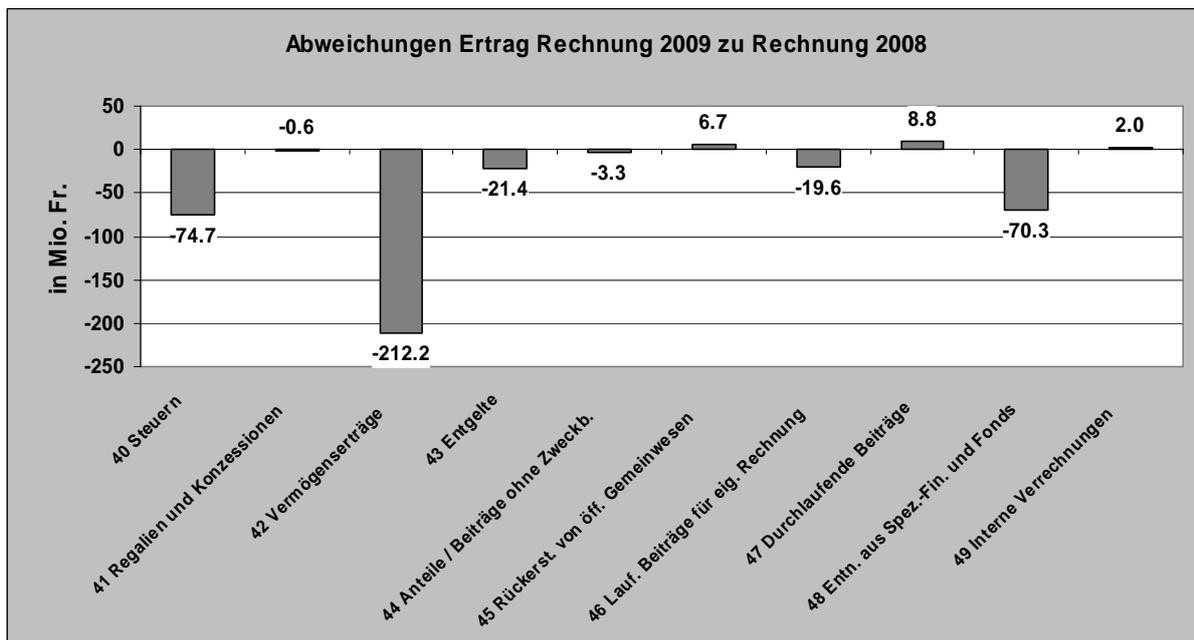


Abbildung 11: Abweichungen Ertrag Rechnung 2009 zu Rechnung 2008.



Nachfolgend sind die grössten Gesamtabweichungen und wichtigsten Einzelabweichungen der Laufenden Rechnung 2009 gegenüber dem Vorjahr aufgelistet. Die Gesamtabweichung beläuft sich auf -58.1 Mio. Franken.

Wesentliche Abweichungen zur Vorjahresrechnung (in Mio. Franken):

Total	Kontogruppe
+54.4	30 Personalaufwand Zunahme bei den Löhnen inkl. Sozialleistungen (Teuerungsausgleich 2.6%, Beförderungen) und Stellenzunahme (v.a. Löhne Krankenanstalten, Löhne Verwaltungspersonal und Löhne Lehrpersonen)
+8.9	31 Sachaufwand Medizinisches Verbrauchsmaterial und Arzthonorare Spitalbetriebe (+3.7 Mio. Fr.), EDV-Lizenzen und EDV-Leistungen Dritter (+3.9 Mio. Fr.), Schulveranstaltungen BKSD (+ 4.0 Mio. Fr.), Informatik (-3.7 Mio. Fr.), Maschinen, Apparate (-4.9 Mio. Fr.), Miete und Pacht von Liegenschaften (+3.0 Mio. Fr.)
-6.3	32 Passivzinsen Abnahme bei den Passivzinsen (v.a. Vergütungszins Staatssteuer -2.4 Mio. Fr.)
-196.8	33 Abschreibungen Unerhältliche Gebühren und Guthaben (-14.8 Mio. Fr.), Wertberichtigung Finanzvermögen (Vorjahr KB-Zertifikate) (-20.3 Mio. Fr.), Rückstellungen für Prozessrisiken, Altlasten (-71.1 Mio. Fr.), Wertberichtigung Vorjahr auf Anlagen NSNW und Beteiligung Rheinhäfen (-90.9 Mio. Fr.)
-5.3	34 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung Ressourcenausgleich an andere Kantone NFA (-5.8 Mio. Fr.), Anteile Landeskirchen an Kirchensteuern jur. Personen (-1.4 Mio. Fr.), Finanzausgleich an Gemeinden (+2.1 Mio. Fr.)
+14.4	36 Eigene Laufende Beiträge Wegfall Beiträge des Kantons an die AHV/IV (-9.5 Mio. Fr.), Beiträge an Heime und Sonderschulen sowie Einrichtungen für behinderte Erwachsene (+6.2 Mio. Fr.), Beiträge an private Haushalte für Ergänzungsleistungen zu den AHV-/IV-Renten (+9.7 Mio. Fr.), Beiträge Prämienverbilligung (+4.9 Mio. Fr.)
-208.6	38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds Einlage Vorjahr in Fonds 8010 (Erlös aus Verkauf Kantonalbank-Zertifikaten) sowie Einlage der Rücklagen der Spitalbetriebe
-74.7	40 Steuern Einkommens- und Vermögenssteuern (-57.3 Mio. Fr.), Ertrags- und Kapitalsteuern (-30.4 Mio. Fr.), Grundstückgewinnsteuern (+2.0 Mio. Fr.), Erbschafts- und Schenkungssteuern (+6.9 Mio. Fr.), Verkehrssteuern (+3.0 Mio. Fr.)
-0.6	41 Regalien und Konzessionen Nutzungsgebühren, Wasserzinsen AUE
-212.2	42 Vermögenserträge Ertrag aus Verkauf von Kantonalbank-Zertifikaten im Vorjahr (-195 Mio. Fr.) sowie allgemeine Abnahme bei den Zinserträgen

-21.4	43 Entgelte Pflegetaxen und Erträge aus medizinischen Leistungen der Spitalbetriebe (+9.1 Mio. Fr.), Busseneinnahmen Polizei (-11.3 Mio. Fr.), Aufwertungsgewinn Sachanlagen Rheinhäfen im Vorjahr (-11.5 Mio. Fr.)
-3.3	44 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer (-7.4 Mio. Fr.), Anteil an der Direkten Bundessteuer (+3.9 Mio. Fr.)
-19.6	46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung Beiträge von Gemeinden im Öffentlichen Verkehr (-10.7 Mio. Fr.) und beim Abwasserbereich AIB (-11.7 Mio. Fr.)
-70.3	48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds Hauptsächlich Auflösung Rückstellungen für Eigentumsübertrag Nationalstrassen an den Bund (NFA) im Vorjahr

4.4 Kreditübertragungen Rechnung 2009 auf Rechnung 2010

Die Kreditübertragungen von der Rechnung 2009 auf die Rechnung 2010 betragen insgesamt rund 5 Mio. Franken, wobei der grösste Anteil (rund 3 Mio. Franken) die FKD (Zentrale Informatikdienste) betrifft. Die Details zu den Kreditübertragungen sind unter den Dienststellenkommentaren der jeweiligen Direktionen aufgelistet.

5 Besondere Faktoren im Rechnungsjahr 2009

5.1 Konjunkturstabilisierende Staatsausgaben

Im Nachgang zum konjunkturellen Einbruch im 4. Quartal 2008 hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe "Entscheidungsgrundlagen Konjunkturpolitik" eingesetzt. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es unter anderem, eine optimale Verknüpfung der kantonalen und eidgenössischen konjunkturstabilisierenden Massnahmen und die Vermittlung nachhaltiger Konjunkturimpulse sicherzustellen. Zudem wurden die Vorhaben aus dem Budget 2010 auf ihre konjunkturelle Wirkung hin überprüft.

Zur besseren Ausschöpfung des Investitionsplafonds 2009 wurden im Umfang von 10 Mio. Franken ausführungsbereite Investitionsvorhaben aus dem Jahr 2010 vorgezogen:

- Kantonsspital Laufen: 1.36 Mio. Franken
- Kantonsspital Liestal inkl. Zentralwäscherei: 4.45 Mio. Franken
- Kantonsspital Bruderholz: 2.28 Mio. Franken
- Sanierung Fernwärme Muttenz: 2.10 Mio. Franken

Im Jahr 2009 sind vom kantonalen Staatshaushalt aber noch weitere konjunkturstabilisierende Wirkungen ausgegangen. Die folgende Tabelle zeigt, welche Ausgabenpositionen und Vorhaben in der Rechnung 2009 zur Stabilisierung der Konjunktur beigetragen haben:

Tabelle 12: Ausgabenpositionen und Vorhaben mit konjunkturstabilisierender Wirkung in der Rechnung 2009.

Konjunkturstabilisierende Vorhaben (Kaufkrafterhaltung, Beschäftigungswirksamkeit, Nachfragewirksamkeit)	Ausmass der Wirkung in Millionen Fr.
	2009
Steuerreform für Familien und tiefe Einkommen (davon entfallen 24 Millionen auf die Gemeinden) (Inkraftsetzung im Jahr 2007)	64
Unternehmenssteuerreform (davon entfallen 5 Millionen auf die Gemeinden) (Inkraftsetzung im Jahr 2008)	69
Schaffung von neuen Stellen in der kantonalen Verwaltung (kumulativ)	20
Aufbau und Betrieb eines Forschungszentrums für Polytronic (CSEM)	1.8
Teuerungsausgleich für das Staatspersonal (2.6%) (kaufkrafterhaltender Teil)	20
Erhöhung der Prämienverbilligung	5
Erhöhung der Bruttoinvestitionen (ohne Übernahme Sekundarschulbauten)	46
Ausgleich der kalten Progression kantonale Steuern	30
Ökologische Aufwertungsmassnahmen im Wald	0.1
Investitionshilfen Fotovoltaikanlagen / Fernwärme	1.5
Aufwertung von Lebensräumen / Revitalisierung Gewässer	0.4
Energiepolitisches Förderprogramm	0.8
Sanierung Fernwärme Kriegacker Muttenz	0.8
Total	259.4

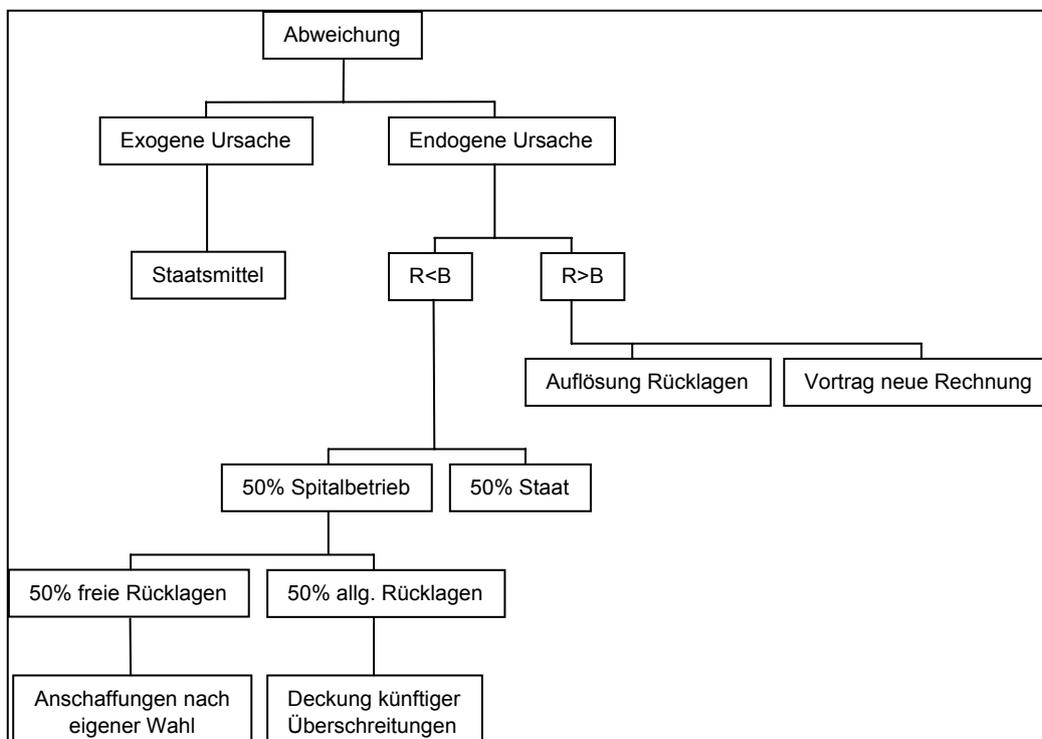
5.2 Abrechnung der Globalbudgets der Spitalbetriebe

Die auf den 1. Januar 2008 bei den Spitalbetrieben eingeführten Globalbudgets werden auf der Basis der Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudgetverordnung [SGS 310.12](#)) abgerechnet. Das Ziel der Globalbudgets ist es, die Finanzierung stärker mit dem Leistungsauftrag der einzelnen Häuser zu verbinden. Zudem erhalten die Spitäler grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, was ihnen wiederum ermöglichen sollte, das Optimierungspotential besser auszuschöpfen und effizientere Leistungsniveaus zu erreichen.

Heute erfolgt die Bemessung der Globalbudgets auf Basis der angefallenen Pflgetage und Pflgetaxen. Ab 1.1.2012 werden diese Leistungen gemäss Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 21. Dezember 2007 mittels Fallkostenpauschalen nach dem System der Swiss DRG (Diagnosis Related Groups) abgegolten.

Das Globalbudget ist definiert als Voranschlag der laufenden Rechnung und entspricht der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Saldo). Weichen Rechnungssaldo und Budgetsaldo voneinander ab, so werden die Ursachen für diese Differenz ermittelt. Gemäss §§12 - 14 der Globalbudgetverordnung müssen die Abweichungen in endogene oder exogene Faktoren unterteilt werden⁸. Basiert die Saldoabweichung auf exogenen Faktoren, so wird die Saldoüberschreitung vom Kanton ausgeglichen bzw. die Saldounterschreitung dem Kanton gutgeschrieben. Endogene Ursachen hingegen führen dazu, dass bei einer Saldounterschreitung je 50% dem Kanton und dem entsprechenden Spitalbetrieb gutgeschrieben werden. Diese müssen wiederum 50% davon den allgemeinen und den freien Rücklagen zuführen. Eine Saldoüberschreitung aufgrund endogener Faktoren muss vom betroffenen Spitalbetrieb durch Auflösung von in den Vorjahren gebildeten Rücklagen oder als Verlustvortrag auf die neue Rechnung übernommen werden.

Abbildung 12: Verfahren mit Budgetüber-/unterschreitungen.



⁸ Während endogene Faktoren im Einflussbereich der einzelnen Häuser liegen, können exogene Faktoren vom Leistungserbringer nicht beeinflusst werden. Dabei handelt es sich zum Beispiel um nicht voraussehbare Entscheide von Behörden mit Auswirkungen auf die Kosten- und Ertragssituation eines Spitals, Änderungen der Bundesgesetzgebung über die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung oder des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag während der Globalbudgetperiode usw.

Im Abschluss 2009 weisen die Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste folgende Saldoabweichungen auf (Saldo Rechnung 2009 - Saldo Budget 2009 = Abweichung R09/B09):

Table 13: Abschluss der Spitalbetriebe.

in Fr.	Saldo vor Verr. der Abweichung (Aufw. - Ertr.)	Abweichung R09/B09*	Exogene Ursachen	bereinigte Abweichung	Endogene Ursachen		def. Saldo Rechnung 2009 (Aufw. - Ertr.)
			Staatsmittel		Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	
KSL	53'990'904	-1'456'136	3'558'255	-5'014'391	-1'253'598	-1'253'598	51'483'708
KSB	51'828'019	1'092'719	3'158'167	-2'065'448	-94'867	-94'867	51'638'285
KSLa	9'755'802	128'802	674'990	-546'188	-136'547	-136'547	9'482'708
KPD	35'771'750	-543'711	1'629'367	-2'173'078	-543'270	-543'270	34'685'210
Total	151'346'475	-778'326	9'020'779	-9'799'105	-2'028'282	-2'028'282	147'289'911

* "-" = Saldoüberschreitung; "+" = Saldounterschreitung

Die Abweichungen zwischen Rechnung 2009 und Budget 2009 wurden gemäss §§ 12 - 14 der Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudget-Verordnung SGS 310.12) in exogene und endogene Kosten unterteilt. Im Reporting zum Globalbudget 2009 mit Rechenschaftsbericht der Spitäler wurden folgende Punkte als externe Faktoren eruiert:

Mehrkosten: Umsetzung Lohnklage DN II, Klage Kaderärzte (Kantonsspital Bruderholz)
 Mindererträge: Reduktion der TARMED-Taxpunktswerte, Anpassung der eidgenössischen Analyselisten im Laborbereich

Es ist festzustellen, dass die Rechnung der Häuser Bruderholz und Laufen einen Mehraufwand im Vergleich zum Budget 2009 ausweist, der vor allem durch exogene Kostenfaktoren zustande kommt und durch die endogen resultierenden Saldounterschreitungen nicht vollumfänglich aufgefangen werden kann. Zu erwähnen ist zudem, dass das Kantonsspital Bruderholz den im Vorjahr ausgewiesenen Verlustvortrag von 0.84 Mio. Franken mit seinen erwirtschafteten Mitteln abtragen kann. Das KSL und die KPD wiederum können den exogenen Aufwandüberschuss durch endogene Mehrerträge kompensieren und somit insgesamt eine Budgetunterschreitung realisieren.

Beim Kantonsspital Liestal führt die gegenüber dem Vorjahr geringere Anzahl Pflgetage im stationären Bereich zu einem deutlichen Ertragsrückgang, welcher aber durch die gesteigerten Leistungen im ambulanten Bereich kompensiert werden kann. Unter anderem führt dies dazu, dass das Schlussergebnis 2009 trotz exogener Kosten von 3.5 Mio. Franken positiv ausfällt.

Das Kantonsspital Bruderholz erfährt durch eine veränderte Patientenstruktur (vor allem in der Chirurgie, bedingt durch einen Chefarztwechsel) und angepassten Abläufen in der Medizin eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer. Zudem stagniert die Zahl an stationären Zuweisungen, was wiederum zu einer geringeren Anzahl Pflgetage und zu einer tieferen stationären Ertragsbasis führt. Diese Ausfälle können teilweise durch einen höheren Anteil an zusatzversicherten Patienten, kleinen Tarifsteigerungen und mehr ambulanten Leistungen inkl. Notfalleintritten wettgemacht werden. Das Endergebnis aber bleibt negativ, da die externen Faktoren das interne Ergebnis zu stark belasten.

Die Saldoüberschreitung beim Kantonsspital Laufen ist vor allem auf die oben genannten externen Faktoren zurückzuführen.

Die Kantonalen Psychiatrischen Dienste wiederum können wie das Kantonsspital Bruderholz genügend eigene Mittel erwirtschaften, um die negativen externen Faktoren aufzufangen. Dabei fällt vor allem die Aufwandminderung zwischen dem Budget 2009 und der Rechnung 2009 im Bereich Personal durch Unterschreitungen im Stellenplan ins Gewicht.

Über alle Spitäler gerechnet stehen somit 9.8 Millionen endogenem Ertragsüberschuss 9 Mio. Franken exogene Kosten gegenüber, was zu einem realen Ertragsüberschuss der Spitäler von 0.8 Mio. Franken als Endergebnis führt.

Die Anwendung der Globalbudgetverordnung führt dazu, dass 2009 insgesamt freie und allgemeine Rücklagen in der Höhe von je 2 Mio. Franken gebildet werden können. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Bildung der Rücklagen in den Jahren 2008 und 2009.

Tabelle 14: Übersicht über die Rücklagen.

	KSL		KSB		KSLa		KPD	
	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen						
2008	2'890'156	2'890'156			389'395	389'395	856'118	856'118
2009	1'253'598	1'253'598	94'867	94'867	136'547	136'547	543'270	543'270
Auflösung 2009	-1'274'697	0	0	0	-380'000	0	0	0
Summe	2'869'057	4'143'754	94'867	94'867	145'942	525'942	1'399'387	1'399'387
Total Spital	7'012'811		189'734		671'884		2'798'775	
Total alle Spitäler	10'673'204							

6 Interkantonale Zusammenarbeit

6.1 Bedeutung

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Baselland mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über 90 finanzwirksame, vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Fragen der Zusammenarbeit, welche die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffen, werden innerhalb einer Projektorganisation verhandelt. Den Verhandlungen werden die sogenannten Standards BS/BL zugrunde gelegt (Regierungsratsbeschluss).

6.2 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Der Kanton Basel-Landschaft hat 2009 rund 8.9% des Laufenden Haushalts für die Nettoabgeltung von Leistungen aufgewendet, die im Kanton Basel-Stadt oder gemeinsam erbracht werden. Gegenüber dem Budget 2009 sind die Nettoabgeltungen und Beiträge um 2.9 Mio. Franken oder 1.2% tiefer.

Tabelle 15: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Fr.	R2006	R2007	R2008	R2009	B2009
Nettoabgeltungen an BS	191	87	91	92	92
*Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	23	176	153	151	154
Total Nettoabgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	214	263	244	243	246
Nettoabgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	8.0%	9.6%	7.9%	8.9%	8.9%
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	5	4	15	26	28

Wesentliche Budgetabweichungen sind in den nachfolgenden Bereichen zu finden:

Bildungsbereich (in Mio. Franken):

+4.6	Betreuung behinderter Erwachsener
+1.6	Sonderschulung und Jugendhilfe
+1.4	Neukonzeption von Brückenangeboten
+0.4	Diverses
+8.0	Budgetabweichung im Bildungsbereich

Gesundheitsbereich (in Mio. Franken):

-2.7	*Universitätskinderhospital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag)
-2.6	Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe (inkl. Rückerstattung)
-1.9	Universitätsspital Basel
-0.5	Diverses
-7.7	Budgetabweichung im Gesundheitsbereich

Volkswirtschafts- / Umweltbereich (in Mio. Franken):

-1.9	Basler Verkehrsbetriebe
-0.3	Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen
-0.3	Diverses
-2.5	Budgetabweichung im Volkswirtschafts- / Umweltbereich

Kulturbereich (in Mio. Franken):

-0.5	Finanzierung von Kulturinstitutionen
-0.5	Budgetabweichung im Kulturbereich

Sicherheitsbereich (in Mio. Franken):

+0.4	Ausschaffungshaft
-0.2	Rückerstattung Aufenthaltstaxen BS - Massnahmenvollzug junger Erwachsener
-0.3	Diverses
-0.1	Budgetabweichung im Sicherheitsbereich

Bei den Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben werden für den Neubau des UKBB anstelle der budgetierten 27.65 Mio. Franken 25.5 Mio. Franken aufgewendet.

7 Investitionsrechnung

Abbildung 13: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.

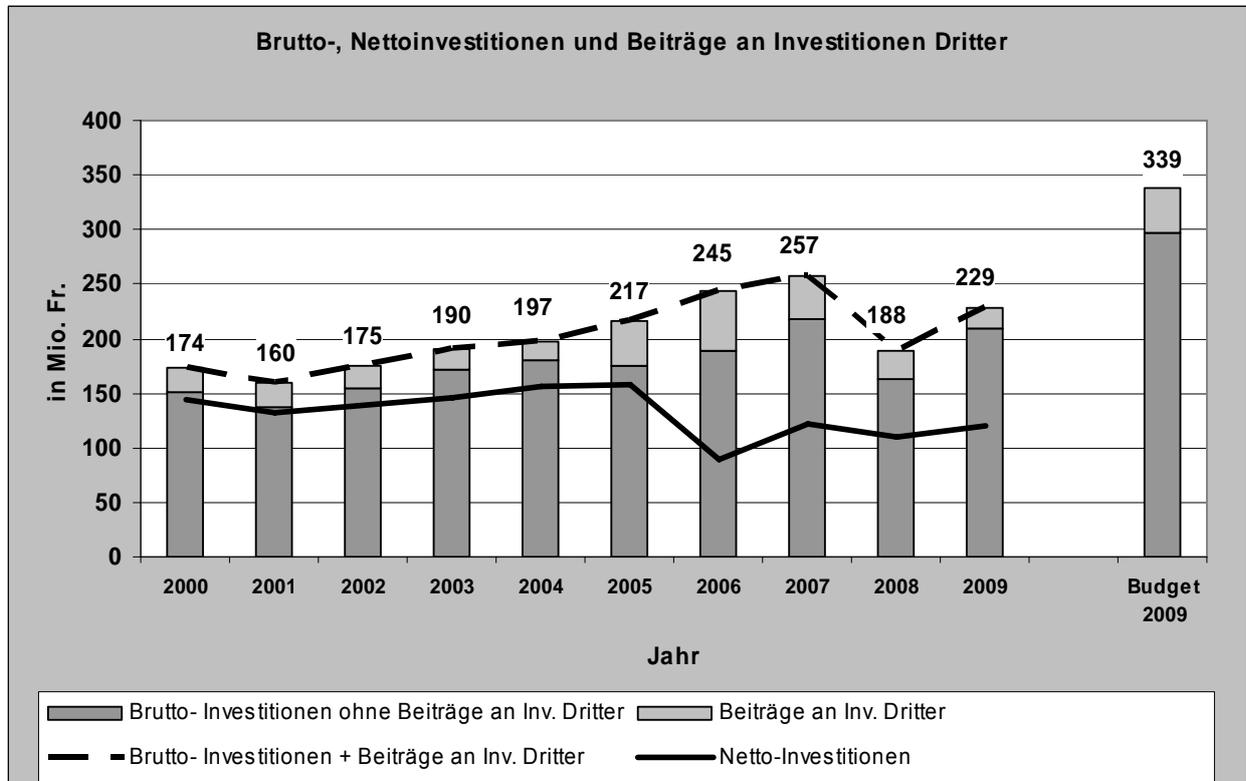


Abbildung 14: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen.

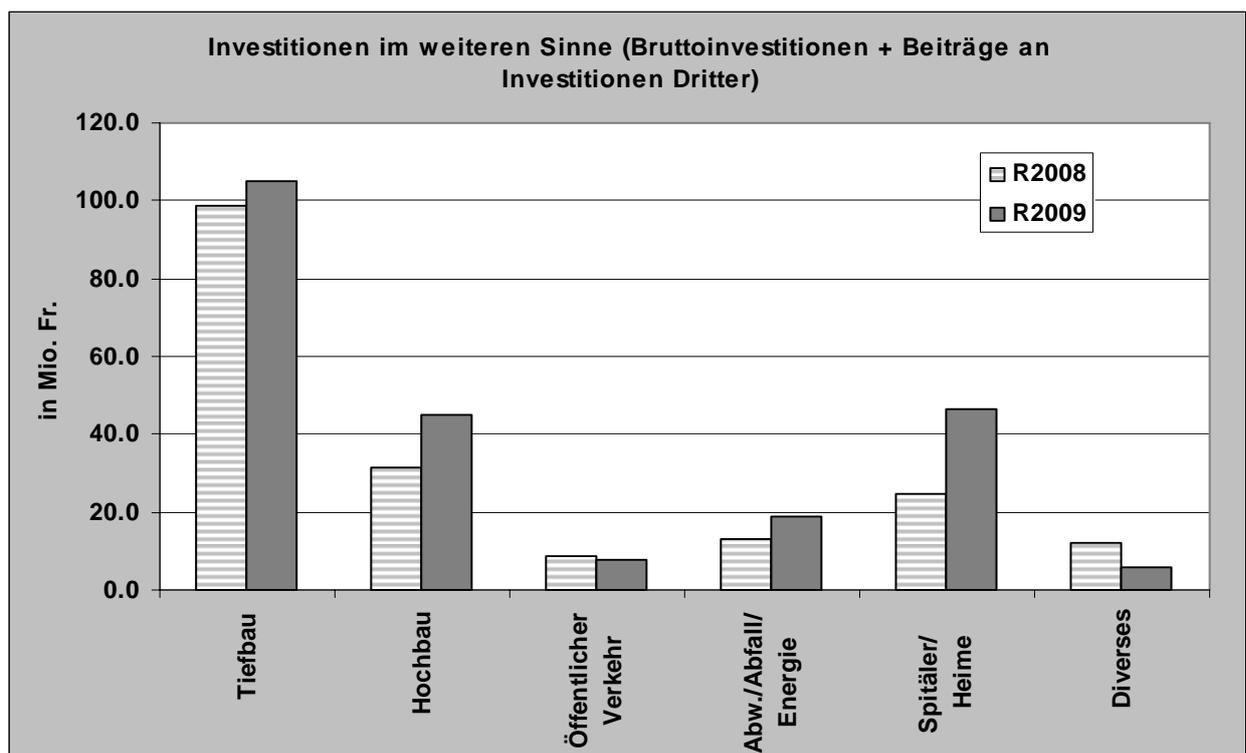


Abbildung 15: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2009, in %.

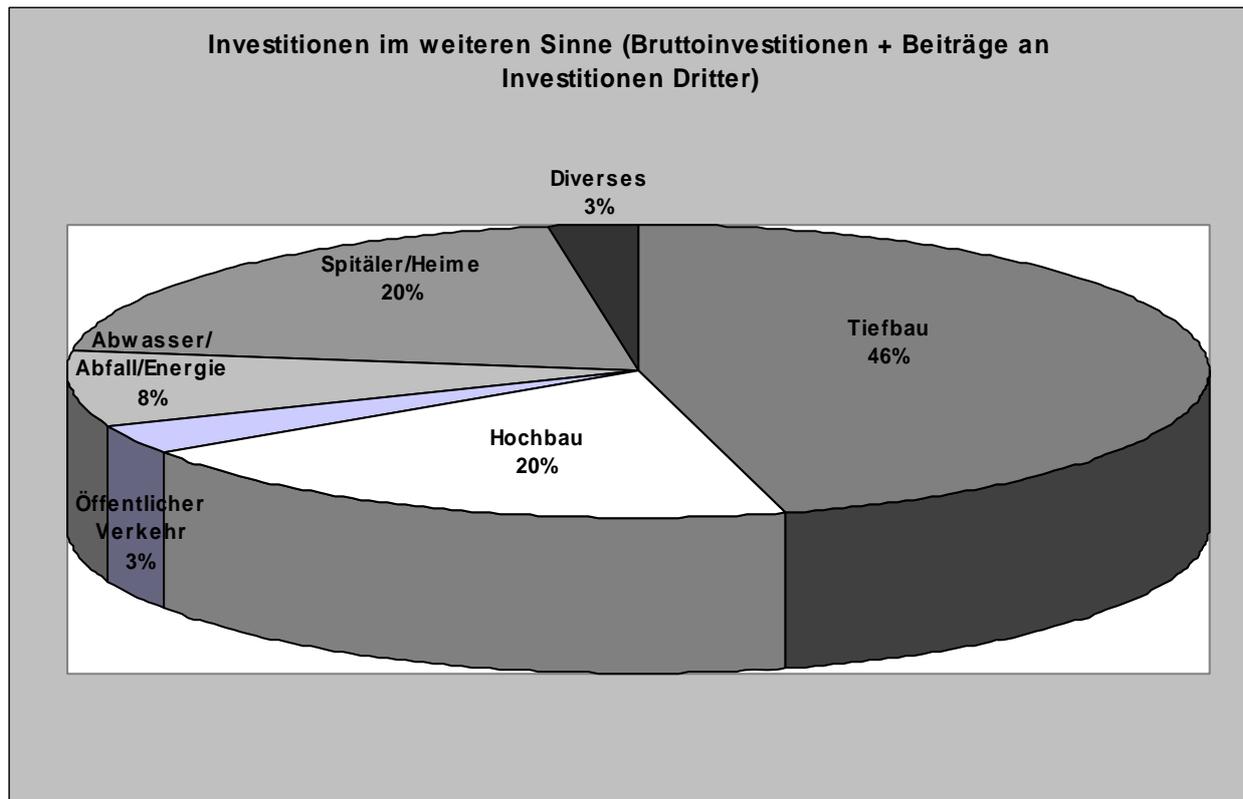


Tabelle 16: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2005 bis 2009.

Investitionen im weiteren Sinne (Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter)					
in Mio. Franken	2005	2006	2007	2008	2009
Tiefbau	102.7	134.4	169.7	98.9	105.1
Hochbau	44.5	20.6	29.8	31.4	44.8
öffentlicher Verkehr	23.0	29.5	4.0	8.5	7.8
Abwasser/Abfall/Energie	20.4	21.6	14.7	12.9	18.9
Spitäler/Heime	23.2	31.1	32.2	24.6	46.4
Diverse	2.8	7.4	6.9	12.0	5.8
Total	216.6	244.6	257.3	188.3	228.8

Die grössten Abweichungen bzw. Minderausgaben zwischen Rechnung 2009 und Budget 2009 entstehen im Bereich Tiefbau (H2 -10.1 Mio. Franken; H18 Tunnel Eggflue -11.3 Mio. Franken), beim Hochbau (FHNW Muttentz Landerwerb -25 Mio. Franken; Kantonsspital Bruderholz -14.6 Mio. Franken). Bei den Beiträgen an Investitionen Dritter werden gegenüber dem Budget 22 Mio. Franken weniger ausgegeben, wobei die grössten Minderausgaben bei den Alters- und Pflegeheimen (-11.3 Mio. Franken) sowie dem öffentlichen Verkehr (-8.9 Mio. Franken) entstehen. Die Mehrausgaben gegenüber der Rechnung 2008 entstehen bei den Spitalbauten (+ 28 Mio. Franken) und im Hochbau (+ 13.4 Mio. Franken).

Die wesentlichsten Investitionen im weiteren Sinne pro Bereich sind:

Tiefbau (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
Betrieb und Erhaltung Hochleistungsstrassen	1.0	kein Verpfl.Kredit	13.2	diverse Projekte
Planung und Realisierung kant. Strassennetz	11.5	kein Verpfl.Kredit	16.4	diverse Projekte
Allschwil, HW-Schutz, neues Projekt	0.1	7.0	1.3	
Gelterkinden, Eibach, HW-Schutz	0.1	3.0	1.5	
H2	49.9	283.0	60.0	

Hochbau (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
Muttenz, Gewerbeschule, Sanierung Aussenh.	0.8	3.6	3.4	
Basel, Neubau UKBB (BL 1/2-Anteil)	25.5	75.5	27.7	
Liestal, Kantonsmuseum, Umbau + Sanierung	1.2	kein Verpfl.Kredit	3.3	
Muttenz, FHNW, Landerw./Erwerb Miteigent. BS	0.0	kein Verpfl.Kredit	25.0	

Öffentlicher Verkehr (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
Regio-S-Bahn, 2. Etappe Planungskosten	0.1	3.0	1.5	

Abwasser/Abfall/Energie (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
Region Birsig, Regenwasserbehandlung	0.5	20.3	1.5	
Mischwasserbehandlung Region Birstal	0.7	24.7	2.5	

Spitäler/Heime (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
KSB, Sicherheitsrelevante Massn. 2. Etappe	5.5	24.5	8.0	
Beiträge Invest. Dritter	4.7	kein Verpfl.Kredit	16.0	

Diverses (in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestranche '09	Verpflichtungs Kredit	Budget '09	Kommentar
Kantonales Sportanlagenkonzept KASAK I+II	2.5	24.0	2.4	

8 Bilanz

8.1 Vermögen und Verbindlichkeiten

Die Flüssigen Mittel nehmen gegenüber dem Vorjahr um 84.1 Mio. Fr. ab. Sie betragen per Ende 2009 388.4 Mio. Fr.

Diese Veränderung der flüssigen Mittel ist hauptsächlich auf folgende Transaktionen zurückzuführen:

- Rückzahlung Schuldschein 'Winterthur-Leben' per 29. Juni 2009	-	50 Mio. Fr.
- Rückzahlung Schuldschein PK des Bundes 'Publica' per 29. Juni 2009	-	50 Mio. Fr.
- Zugang aufgrund Auflösung Festgeld aus dem Jahr 2008	+	50 Mio. Fr.
- Neuanlage Festgeld im März 2009 (bis März 2010)	-	100 Mio. Fr.
- Zugang aus Obligationenfälligkeiten	+	67 Mio. Fr.
Total Abnahme Flüssige Mittel aus diesen Vorgängen	-	83 Mio. Fr.

Wie schon in den Vorjahren, wurden die flüssigen Mittel im Jahr 2009 jeweils kurzfristig angelegt bei nach wie vor tiefen Zinsen. Als Folge der Finanzkrise ist die Sicherheit der Anlagen das oberste Gebot.

Die Netto-Performance im Goldvermögen-Mandat beträgt im Jahr 2009 +1.55%. Dies entspricht einem Vermögenszuwachs von 4.8 Mio. Fr..

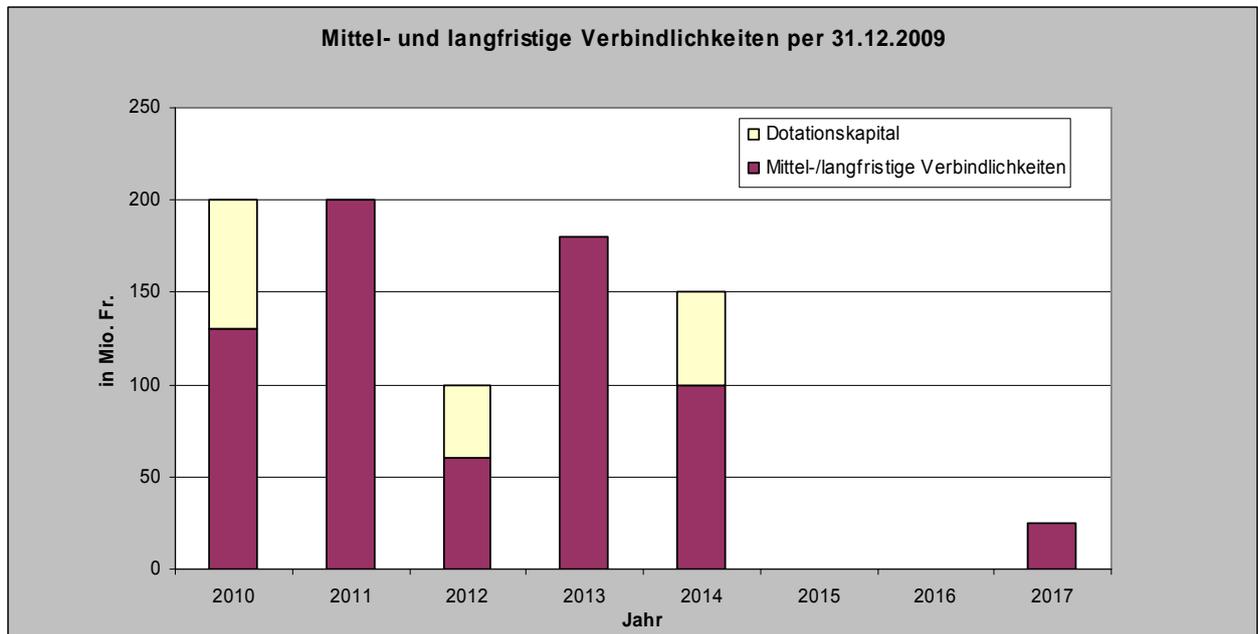
Die im Jahr 2006 eingeleitete Strategie, frei werdende Obligationenanlagen zu verflüssigen wird beibehalten. Auf der einen Seite können so die aktuellen Risiken von Neuanlagen vermieden werden, auf der anderen Seite kommt die sinkende durchschnittliche Anlagedauer (aktuell bei rund 3.5 Jahren) von Wertpapieranlagen dem absehbaren steigenden Finanzierungsbedarf entgegen.

Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten in Form von Staatsanleihen und Darlehen werden gegenüber dem Vorjahr um 100 Mio. Franken abgebaut und betragen per Ende 2009 neu 695 Mio. Franken (ohne Berücksichtigung des Dotationskapitals).

Die Verbindlichkeiten für das Grundkapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank belaufen sich unverändert auf 160 Mio. Franken. Neu bilanziert werden auch die Guthaben und Schulddarlehen des Amtes für Wald gegenüber Bund und Gemeinden. Der Kanton Basel-Landschaft ist dabei Vermittler zwischen der Eidgenossenschaft als Darlehensgeber und den Gemeinden als Darlehensnehmer. Im Abschluss 2009 betragen diese Forderungen rund 2 Mio. Franken.

Die Fälligkeiten der mittel- und langfristigen Verpflichtungen präsentieren sich wie folgt:

Abbildung 16: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.



8.2 Bilanzbereinigung

Im Hinblick auf die Einführung des neuen ERP-Systems wurde die heutige Verbuchungspraxis und die damit verbundene Bilanzierung der Unterhaltsbeiträge im Kantonalen Sozialamt geprüft. In der Staatsrechnung 2009 wird die Empfehlung der externen Beratungsfirma umgesetzt, wonach die Aktiven und Passiven im Bereich der Unterhaltsbeiträge zu saldieren sind. Auf eine Bilanzierung in der Staatsrechnung kann verzichtet werden, da diese bereits im Fallbewirtschaftungssystem KLIB stattfindet. Dies hat zur Folge, dass Forderungen und Verpflichtungen auf der Aktiv- und Passivseite um rund 39 Mio. Fr. abnehmen. Eine über die Jahre gewachsene Buchungsdifferenz (nicht einbringbare Inkassokosten) von 0.5 Mio. Fr. wird als Aufwand (Betreibungsgebühren) ausgebucht.

In der Zukunft sind im Fallabwicklungssystem KLIB alle historischen Daten unverändert vorhanden, damit einzelne Fälle jederzeit nachvollzogen werden können. In der Schnittstelle zu SAP werden aber nur Fälle verbucht, für welche auch ein entsprechender Mittelfluss in der Berichtsperiode stattgefunden hat. Über die Erkenntnisse, die Korrekturen und die zukünftige Buchungspraxis wurde die Finanzkontrolle informiert.

8.3 Eigenkapitalnachweis

Als vorgezogenes Element der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2 wird bereits im Rechnungsabschluss 2009 ein Eigenkapitalnachweis aufgeführt (strukturiert gemäss neuem Kontenplan). Der Eigenkapitalnachweis zeigt die Ursachen der Veränderung des Eigenkapitals im Detail auf. Mit Blick auf den Vollzug der Defizitbremse wird im Eigenkapitalnachweis zwischen Eigenkapital ausserhalb der Defizitbremse, d.h. zwischen zweckgebundenem Eigenkapital, und innerhalb der Defizitbremse (freies Eigenkapital) unterschieden.

Gemäss § 9 Abs. 1 Bst. a Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz ist der Eigenkapitalnachweis ab Rechnung 2010 fester Bestandteil des Anhangs zur Staatsrechnung. Da das Eigenkapital beim Vollzug der Defizitbremse eine zentrale Rolle spielt, wird der Eigenkapitalnachweis in aggregierter Form jeweils auch bei den Budgetvorlagen aufgezeigt.

Tabella 17: Eigenkapitalnachweis per 31.12.2009.

EIGENKAPITALNACHWEIS Rechnung 2009	Kapital per 31.12.08	Kapital per 31.12.09	+/-
291 Fonds im Eigenkapital	333'120'097	297'159'535	-35'960'562
8010 Erlös KBZ	165'130'876	140'381'569	-24'749'307
8065 Wohnbauförderung	41'989'702	43'148'555	1'158'853
8066 Wirtschaftsförderungsfonds	18'408'186	16'538'849	-1'869'337
8067 Finanzausgleichsfonds	9'588'831	9'368'831	-220'000
8113 Winkelriedfonds	93'871	59'028	-34'843
8165 Ruhegehälter	23'810'696	23'884'010	73'314
8310 Fonds Bau H2	39'908'182	28'187'993	-11'720'189
8340 Elbisgraben	33'938'342	35'152'119	1'213'777
8660 Fischhegefonds	380'363	392'467	12'104
8661 Tierseuchenkasse	-128'952	46'114	175'066
292 Rücklagen der Globalbudgetbereiche	7'428'347	10'673'203	3'244'856
Freie Rücklagen	4'135'669	4'509'253	373'584
Allgemeine Rücklagen	4'135'669	6'163'950	2'028'281
Vortrag auf neue Rechnung	-842'991	0	842'991
293 Vorfinanzierungen	427'943'082	206'194'345	-221'748'737
8030 Schulbauten	87'985'396	89'143'251	1'157'855
8040 Neubau KS Bruderholz	239'999'754	17'093'162	-222'906'592
8060 Campus FHNW/Uni	99'957'932	99'957'932	0
Eigenkapital ausserhalb Defizitbremse	768'491'526	514'027'083	-254'464'443
298 Konjunkturausgleichsreserve	0	220'000'000	220'000'000
Konjunkturausgleichsreserve	0	220'000'000	220'000'000
299 Bilanzüberschuss / Bilanzfehlbetrag	210'307'604	154'393'631	-55'913'973
Kumulierte Jahresergebnisse (Kapital)	210'307'604	154'393'631	-55'913'973
Eigenkapital innerhalb Defizitbremse	210'307'604	374'393'631	164'086'027
29 Eigenkapital	978'799'130	888'420'714	-90'378'416

Mit diesem Eigenkapitalnachweis wird dem Postulat [2009-304](#) von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion, entsprochen. Das Postulat verlangt eine Offenlegung des freien und zweckgebundenen Eigenkapitals.

Bezüglich Zuweisung von Fonds ins Eigenkapital oder ins Fremdkapital besteht folgende Regelung:

Fonds werden dem Eigenkapital zugeordnet, wenn für sie

1. die Rechtsgrundlage vom eigenen Gemeinwesen geändert werden kann oder
2. die Rechtsgrundlage zwar auf übergeordnetem Recht basiert, dieses aber dem eigenen Gemeinwesen einen erheblichen Gestaltungsspielraum offen lässt.

Vorfinanzierungen werden immer im Eigenkapital abgebildet. Fonds hingegen können zum Eigenkapital oder Fremdkapital gehören.

9 Beteiligungen

9.1 Berichterstattung zur Rechnung von interkantonalen Institutionen

Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das UKBB schliesst gemäss Vorabinformation im Jahr 2009 trotz Sparmassnahmen mit einem negativen Ergebnis von -2.5 Mio. Franken ab. Folgende Gründe sind für dieses Resultat verantwortlich:

Stationärer Bereich

Die Pflage tage nehmen gegenüber dem Vorjahr um 7.7% oder 3'078 Pflage tage ab (2009: 36'760, 2008: 39'838), während die stationären Fallzahlen im 2009 konstant bleiben. Damit verkürzt sich die Aufenthaltsdauer und der durchschnittliche Behandlungstag wird behandlungs- und kostenintensiver. Durch die Anpassung des Tagessatzes BS/BL von 1'400 auf 1'470 und zusätzliche ausserkantonale Erträge kann der Ertragsausfall teilweise kompensiert werden.

Ambulanter Bereich

Generell ist zu beobachten und auch medizinisch erwünscht, dass Kinder wenn immer möglich ambulant behandelt werden. Im 2008 werden rund 3% mehr Patienten ambulant behandelt. Aufgrund der Einführung des neuen Labortarifs ab 1.7.09 entsteht bei gleicher Leistung ein Ertragsausfall von 0.5 Mio. Franken. In der Summe führt dies dazu, dass die ambulanten Erträge trotz Mehrleistung und eingeleiteten Massnahmen zur Perfektionierung der Leistungserfassung stagnieren.

Personalkosten

Der Stellenbestand wird trotz Schaffung von temporären Stellen für den Neubau und für Wiederbesetzungen konstant gehalten (Abbau von Personal in anderen Bereichen). Der durchschnittliche Personalbestand liegt um rund 10 Stellen unter dem Budget. Der gewährte Teuerungsausgleich von 1.6% und der Zwangsanschluss an die Familienausgleichskasse sind weitere wesentliche Faktoren, welche zu Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr führen.

Sachkosten

Die eingeleiteten intensiven Sparanstrengungen führen zu einem wesentlich geringeren Sachaufwand. Dies trotz der neubaubedingten Erhöhung der Projektkosten.

Kantonsbeiträge

Im Bereich des stationären Leistungseinkaufs liegen die Kantonsbeiträge um 2.1 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Erhöhung der Bruttotagespauschale von 1'400 auf 1'470 Franken pro Tag. Die Beiträge für Übrige Leistungen werden im 2009 in vollem Ausmass beansprucht (7 Mio. Franken).

Fachhochschule Nordwestschweiz

Per Mitte Februar 2010 geht die FHNW - vorbehältlich der Prüfungsergebnisse - davon aus, dass die Rechnung 2009 bei einem Gesamtaufwand von rund 375 Mio. Franken mit einem Defizit von rund 3.45 Mio. Franken abschliesst. Damit bleibt das Jahresergebnis deutlich unter dem budgetierten Verlust von 10.5 Mio. Franken. Gemäss Staatsvertrag muss die FHNW ein Defizit innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren.

Im Jahr 2009 ist die Schlussabrechnung aller Gewährleistungspositionen und Rückstellungen aus der Fusionszeit erstellt und von den vier kantonalen Finanzkontrollen geprüft worden. Mit separater Vorlage informiert der Regierungsrat den Landrat über eine Regressforderung der FHNW sowie über die Rückführung nicht beanspruchter Rückstellungen an den Kanton. Er stellt in dieser Vorlage zudem Antrag auf die Übertragung der restlichen freien Reserven aus der FHBB an die FHNW. Für die Regressforderung wurde in der Staatsrechnung 2007 eine Rückstellung gebildet.

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im ersten Jahr der neuen Leistungsauftragsperiode 2009-2011 wird dem Landrat mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht 2009 der FHNW mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel führt im Auftrage der beiden Kantone die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, die von den beiden Regierungen festgelegt werden.

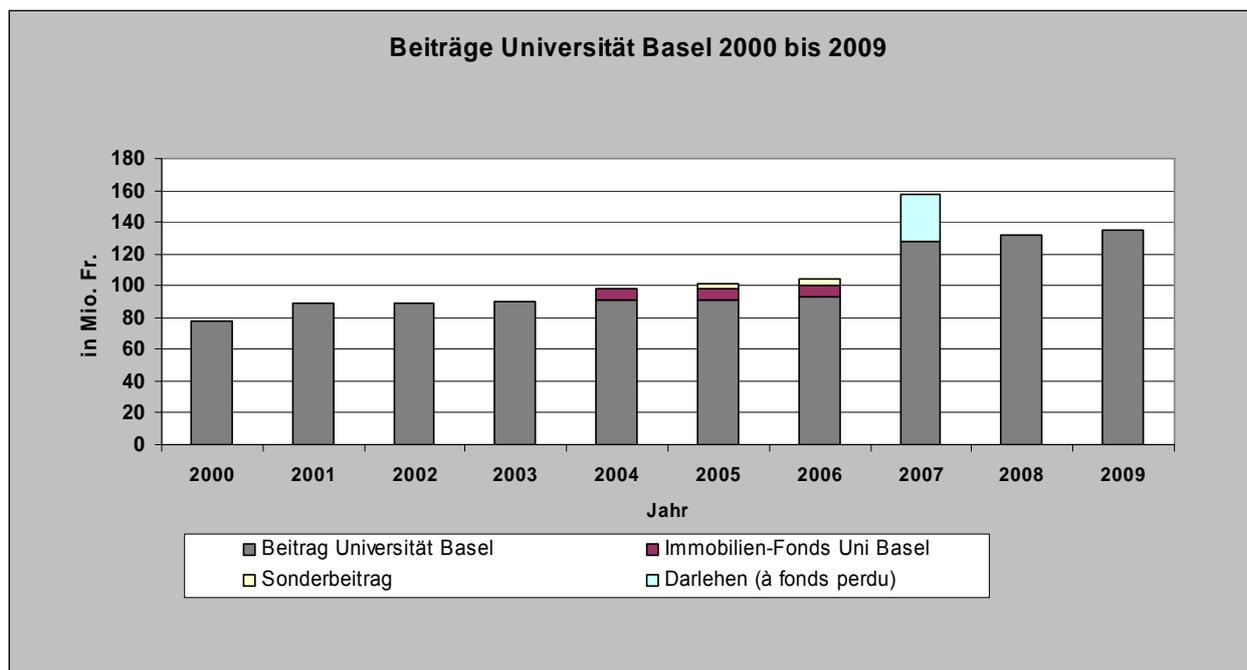
Die Rechnung 2009 der MFP schliesst mit einem Aufwand von 8.746 Mio. Franken (Budget: 9.134 Mio. Franken) und entsprechend mit einem Ertrag von ebenfalls 8.746 Mio. Franken (Budget: 9.134 Mio. Franken) ab.

Universität Basel

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (SGS [664.1](#)) führen die Trägerkantone die Universität mit einem Leistungsauftrag. Den ersten Leistungsauftrag und den entsprechenden Globalbeitrag haben die Kantonsparlamente von Basel-Stadt und Basel-Landschaft Ende 2006 für die Periode 2007-2009 genehmigt. Für das Jahr 2009 hat der Kanton Basel-Landschaft einen Globalbeitrag von 134.6 Mio. Franken entrichtet (BS: 132.5 Mio. Franken). Die ersten beiden Jahre der Leistungsauftragsperiode hat die Universität mit einem Überschuss abgeschlossen. Das für 2009 budgetierte Defizit wird aller Voraussicht nach geringer ausfallen und kann vollständig mit dem in der Leistungsperiode aufgebauten Eigenkapital ausgeglichen werden, so dass für die gesamte Leistungsperiode auftragsgemäss ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis erwartet wird. Für das Berichtsjahr 2009 liegen zum Zeitpunkt der Erstellung der Landratsvorlage noch keine detaillierten Informationen vor.

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im zurückliegenden Betriebsjahr wird dem Landrat jeweils mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht der Universität mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht). Die Rechnung 2009 wird dem Landrat zusammen mit dem Gesamtbericht über die Leistungsperiode 2007-2009 unterbreitet werden. Nach aktuellem Kenntnisstand bestehen seitens der Universität keine Risiken, die entsprechende Rückstellungen in der Staatsrechnung erfordern würden. Im Anhang zur Staatsrechnung 2009 wird für die allfällige Schliessung der Pensionskassendeckungslücke eine Position als Eventualverpflichtung aufgeführt.

Abbildung 17: Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel 2000 bis 2009.



9.2 Änderungen in den Beteiligungen

Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park

Der Kanton Basel-Landschaft hat sich am Ausbau der Zuschauerkapazität im Stadion St. Jakob-Park mit 4.5 Mio. Franken beteiligt (LRB 967 [vom 13. Januar 2005](#), LRV [2004-165](#)). Im Gegenzug erhielt der Kanton 45'000 Anteilscheine mit Nominalwert 100 Franken, welche im Verwaltungsvermögen mit dem Buchwert von 1 Franken geführt werden. Nach einer entschädigungslosen Reduktion des Genossenschaftskapitals im Jahr 2009 besitzt der Kanton noch einen Anteilsschein (Nominalwert 100 Fr.).

Interkantonale Lehrmittelzentrale

Die interkantonale Lehrmittelzentrale bezweckt die interkantonale Koordination, Förderung und preisgünstige Beschaffung von neuzeitlichen Bildungsmedien. Jeder Mitgliedskanton hat bei seinem Beitritt einen Grundbeitrag von 35'000 Franken und pro 100'000 Einwohner zusätzlich einen solchen von 10'000 Franken zu leisten. Der Kanton Basel-Landschaft hat vor etlichen Jahren dementsprechend einen Beitrag von 55'000 Franken geleistet.

Die Bilanzierung dieser Beteiligung erfolgte bis anhin im Finanzvermögen. Da es sich um eine öffentliche Aufgabe handelt, wird diese Beteiligung mit dem Buchwert von 1 Fr. ins Verwaltungsvermögen übertragen.

10 Fonds

10.1 Legat Brodbeck (Fonds 8035)

Im Jahr 1980 wurde durch den anwaltlichen Willensvollstrecker und basierend auf einem Erbvertrag vom 8. Oktober 1976 der Eheleute Brodbeck ein Legat von Fr. 101'564.65 an die Kantonale Landwirtschaftliche Schule Sissach "für die weitere Förderung des biologischen Landbaues" übertragen. Diese zweckbestimmten Mittel wurden, dem letzten Willen der verstorbenen Eheleute Brodbeck entsprechend, für die Weiterführung und Förderung des biologischen Landbaues verwendet.

Das Legat wird mit dem Rechnungsabschluss 2009 in die Rechnung des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain überführt. Der Bestand des Legats wird jährlich ausgewiesen. Die Verwendung der Mittel richtet sich weiterhin nach der Zweckbestimmung der Erblasser.

10.2 Auflösung der Sparkasse Hilfspersonal (Fonds 8050) und des Unterstützungsfonds (Fonds 8051)

Im Jahr 1943 beschloss der Landrat die Schaffung einer "Sparkasse für Aushilfspersonal der Staatsverwaltung". Mit dieser Sparkasse, deren Funktion mit derjenigen einer Pensionskasse verglichen werden kann, wurde die damalige Versicherungslücke für das länger als drei Monate beschäftigte Aushilfspersonal geschlossen. Zur Speisung der Sparkasse wurde der "Unterstützungsfonds Sparkasse Hilfspersonal" gegründet. Die Arbeitnehmer- sowie Arbeitgeberbeiträge wurden vom Kanton bzw. auf Kosten des Fonds verzinst. Der Regierungsrat hat mit dem "Reglement über die Sparkasse des Aushilfspersonals der Staatsverwaltung" Ausführungsbestimmungen erlassen.

Mit der Einführung des Pensionskassenobligatoriums auf Bundesebene im Jahr 1984 verlor die Sparkasse an Bedeutung, da auch das Aushilfspersonal in der damaligen "Beamtenversicherungskasse" versichert werden musste. Die Sparkasse wurde nur noch für die bereits bestehenden Mitglieder weitergeführt. Die Ansprüche wurden nach Massgabe des Reglements weiter ausbezahlt. Im Jahr 2009 wurde die letzte Mitarbeiterin, welche gegenüber dem Sparkassenfonds ein Guthaben hatte, pensioniert. Der Zweck der Sparkasse und des Unterstützungsfonds sind damit erfüllt, und sie können aufgehoben werden. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Landrat, den Landratsbeschluss aufzuheben. Das verbleibende Kapital von rund 0.2 Mio. Franken wird der Staatsrechnung gutgeschrieben.

10.3 Auflösung Prämien-Fonds (Fonds 8163)

Der Prämienfonds des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung wurde Anfang der 80er Jahre ins Leben gerufen, um den Rangkandidaten der Lehrabschlussprüfungen Geschenke überreichen zu können. Der Fonds, welcher mit Spenden von Firmen und Privatpersonen geäuftet worden war, wurde seit Mitte 90er Jahre nicht mehr in Anspruch genommen.

Im Jahr 2009 gründeten die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und die Wirtschaftskammer Baselland den Förderverein "E Lehr bringt mehr". Der Prämien-Fonds wird aufgelöst, und das verbleibende Kapital von 10'305.68 Franken wird diesem Förderverein gutgeschrieben, wo die zweckgerichtete Verwendung sichergestellt ist.

10.4 Schaffung einer Konjunkturausgleichsreserve (Fonds 8000)

Mit dem Rechnungsabschluss 2009 wird eine Konjunkturausgleichsreserve geschaffen, welche freiem Eigenkapital entspricht. Die Vorfinanzierung für den Neubau Kantonsspital Bruderholz wird zugunsten dieser Konjunkturausgleichsreserve reduziert (unter Berücksichtigung der im Jahr 2010 budgetierten Entnahmen) (vgl. Ausführungen in Kapitel 3).

11 Abschreibung Postulat [2009-304](#) von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: Bessere Offenlegung des freien und zweckgebundenen Eigenkapitals

Der Wortlaut des Postulats lautet wie folgt:

"Im Zusammenhang mit der Defizitbremse und der damit allenfalls verbundenen Verpflichtung zur Höherfestlegung des Steuerfusses kommt dem Eigenkapital eine immer grössere Bedeutung zu. Dabei ist in erster Linie das freie Eigenkapital (Summe der vergangenen Ertragsüberschüsse der Erfolgsrechnung) massgebend. Aber auch das zweckgebundene Eigenkapital (u.a. Vorfinanzierungen für zukünftige Bauvorhaben) kann, je nach konjunktureller Situation, zur Vermeidung von Steuererhöhungen herangezogen bzw. in freies Eigenkapital umgewandelt werden.

Damit in dieser Hinsicht Transparenz geschaffen werden kann, wäre es sehr wünschenswert, wenn die Eigenkapitalbeträge (freie und zweckgebundene) jeweils in der Rechnung und im Budget auf einer separaten Seite detailliert offen gelegt resp. abgedruckt würden.

Den Regierungsrat bitte ich zu prüfen und zu berichten, ob diesem Anliegen schon baldmöglichst entsprochen werden kann. "

Erwägungen:

Der Regierungsrat legt mit dem vorliegenden Staatsrechnungsabschluss einen detaillierten Eigenkapitalnachweis vor. Dieser wird in Zukunft fester Bestandteil des Anhangs zur Staatsrechnung bilden. Aufgrund der zentralen Bedeutung im Rahmen des Vollzugs der Defizitbremse wird der Eigenkapitalnachweis jeweils auch in der Vorlage zum Voranschlag aufgezeigt werden.

Antrag:

Aus diesem Grunde beantragt der Regierungsrat, dass das Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg als erledigt abgeschrieben wird.

12 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 23. März 2010

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungspräsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der 2. Landschreiber: Alex Achermann

Entwurf Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2009

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2009, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2009 wird Kenntnis genommen.
3. Die Überführung der Beteiligung an der Interkantonalen Lehrmittelzentrale zum Buchwert von 1 Franken vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen wird genehmigt.
4. Die Sparkasse für das Aushilfspersonal der Staatsverwaltung⁹ und der "Unterstützungsfonds Sparkasse Hilfspersonal"¹⁰ werden aufgehoben.
5. Der Prämien-Fonds 8163 wird aufgehoben.
6. Der Fonds 8040 Neubau Kantonsspital Bruderholz (Vorfinanzierung) wird um 220 Mio. Franken reduziert, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.
7. Die Zuweisung von 220 Mio. Franken in den Konjunkturausgleichsfonds wird genehmigt, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.
8. Das Postulat [2009-304](#) von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: "Bessere Offenlegung des freien und zweckgebundenen Eigenkapitals" wird als erledigt abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Landratspräsident:

Der Landschreiber:

⁹ GS -; SGS 834.4

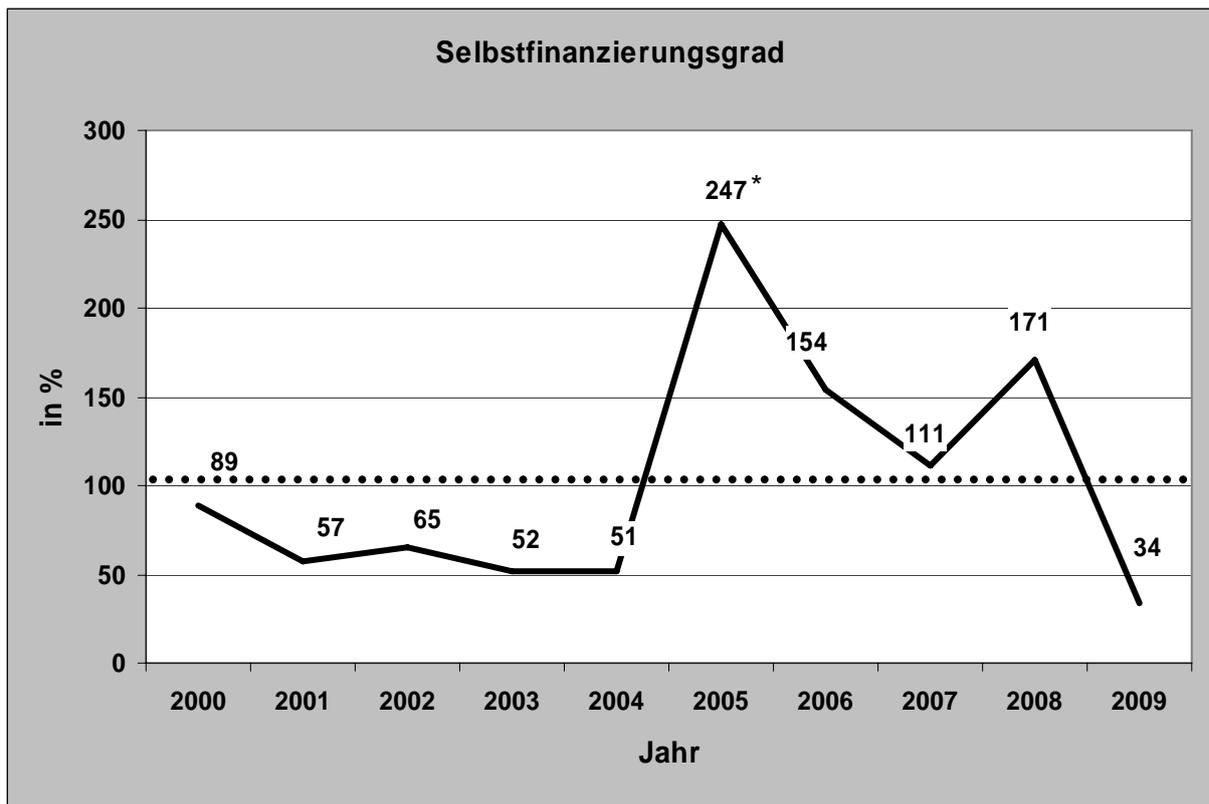
¹⁰ 8050

13 Anhang

13.1 Statistische Eckwerte Staatshaushalt

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 18: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen). Der Durchschnitt über die aufgeführten 10 Jahre beträgt 103.1%.

Abbildung 19: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.

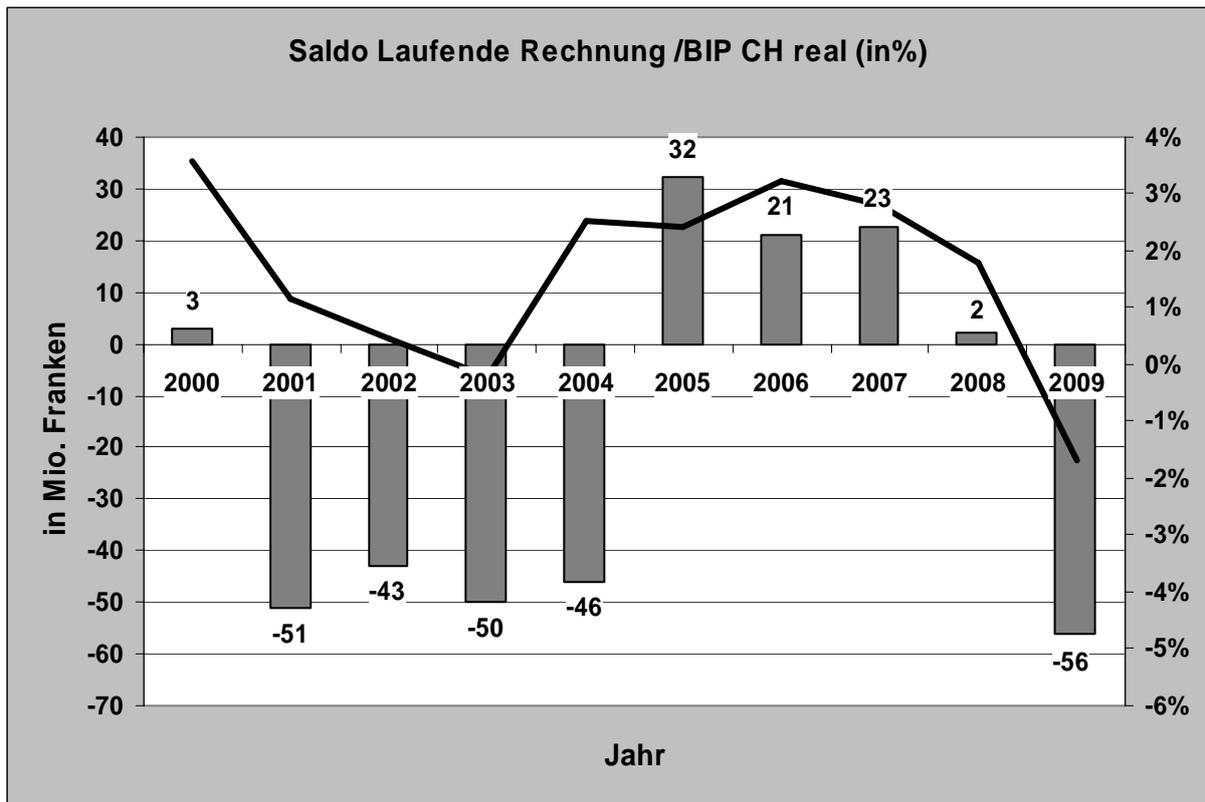
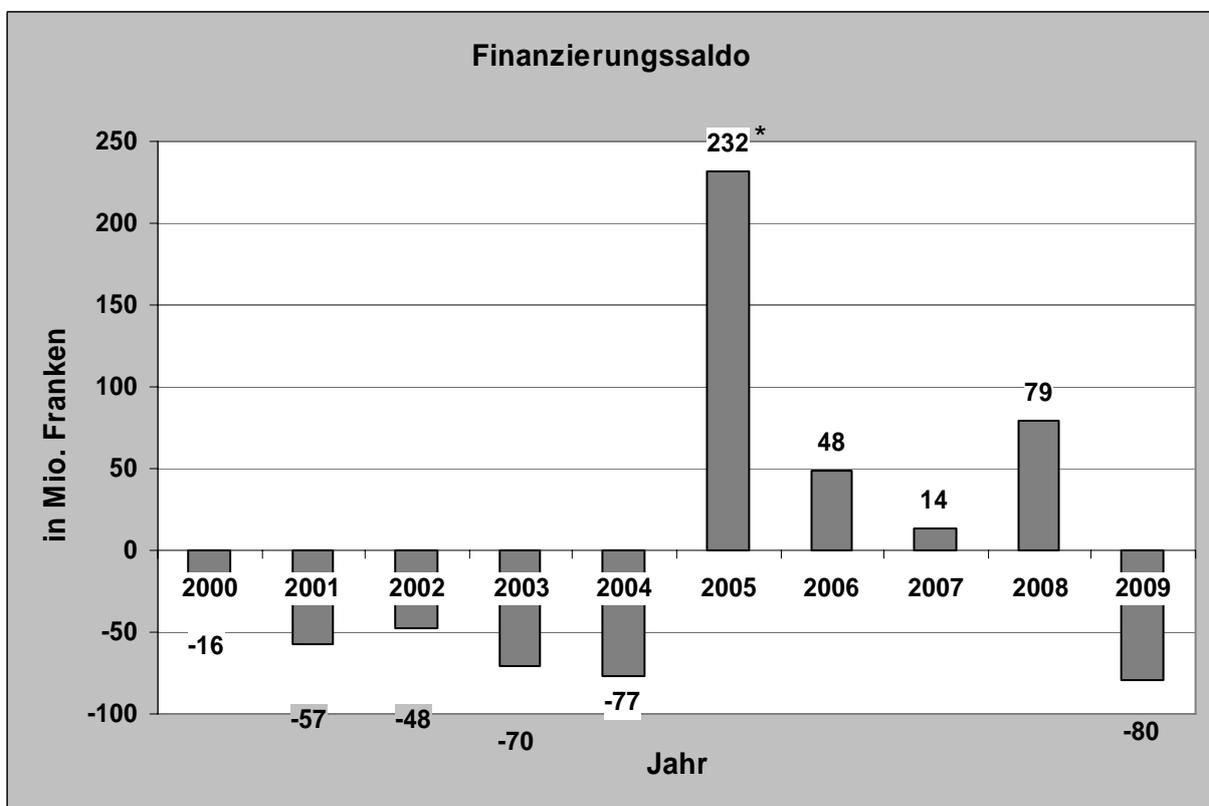


Abbildung 20: Entwicklung Finanzierungssaldo.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 21: Entwicklung Eigenkapital.

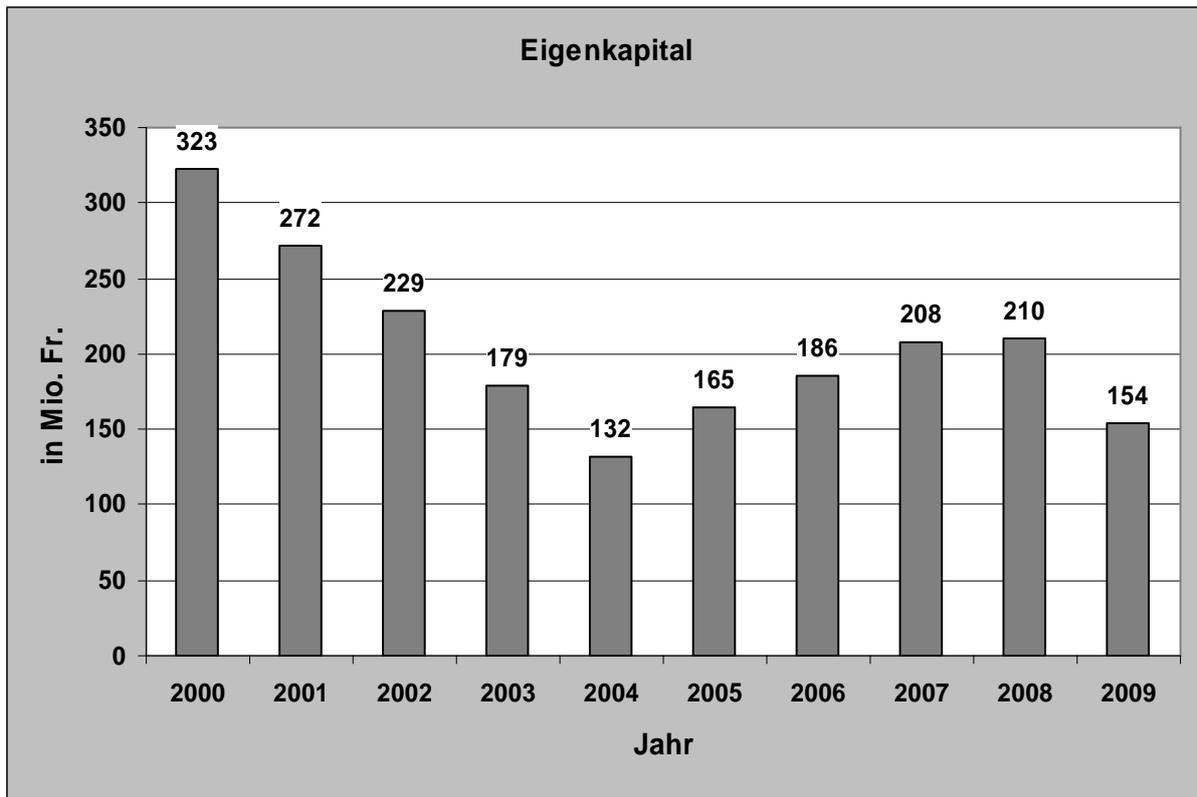
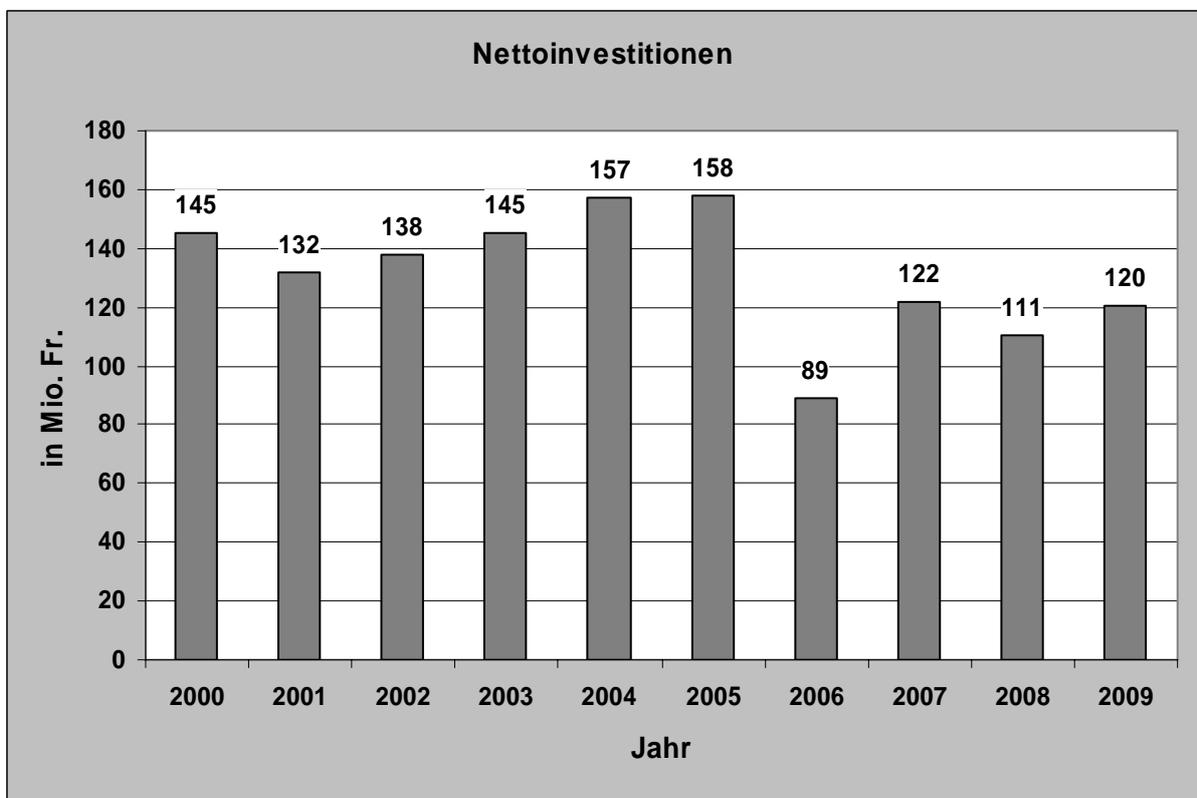


Abbildung 22: Entwicklung Nettoinvestitionen.



Ab Rechnung 2006 werden die Beiträge an Investitionen Dritter in der Laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht.

13.2 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts wird anhand ausgewählter Finanzkennzahlen¹¹ (für die Definitionen vgl. Tabelle "Definition Finanzkennzahlen") beurteilt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2005-2009 auf Prognosewerten des Volkseinkommens basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 18: Finanzkennzahlen.

in %	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009
Staatsquote	16.9%	17.0%	16.7%	16.6%	16.5%	17.3%
Steuerquote	8.8%	10.3%	9.5%	8.9%	8.8%	8.4%
Brutto-Investitionsquote	1.4%	1.5%	1.3%	1.4%	1.0%	1.3%
Netto-Investitionsquote	1.1%	1.1%	0.6%	0.8%	0.7%	0.8%
Selbstfinanzierungsgrad	51.2%	247.3%	154.0%	111.4%	171.2%	33.8%
Neuverschuldungsgrad	48.8%	-147.3%	-54.0%	-11.4%	-71.2%	66.2%
Kapitaldienstanteil	4.0%	3.1%	1.8%	1.4%	-5.8%	1.6%
Zinsbelastungsanteil	-1.3%	-1.1%	-2.1%	-2.4%	-9.0%	-2.1%
Investitionsanteil	8.7%	7.4%	7.4%	8.4%	5.6%	8.2%
Transferanteil	41.6%	34.3%	39.1%	40.9%	37.2%	41.6%

Erstmals seit 2002 hat das Volkseinkommen, welches für die ersten vier Kennzahlen von Bedeutung ist, abgenommen. Das sinkende Volkseinkommen bei gleichzeitig zunehmenden konsolidierten Gesamtausgaben schlägt sich in einer Erhöhung der **Staatsquote** um 0.8 Prozentpunkte nieder.

Die **Steuerquote** fällt im Jahr 2009 um 0.4 Prozentpunkte auf 8.4%. Demnach haben sich die Steuereinnahmen (exkl. Verkehrssteuern) stärker rückläufig entwickelt als das Volkseinkommen.

Der Anstieg der Investitionsausgaben führt trotz gesunkenem Volkseinkommen zu einer Zunahme der **Bruttoinvestitionsquote** von 1.0% auf 1.3%. Durch die Erhöhung der Nettoinvestitionen steigt die **Nettoinvestitionsquote** um 0.1 Prozentpunkte an.

Der **Selbstfinanzierungsgrad** fällt von 171% auf 33.8 %. Dieser starke Rückgang liegt vorwiegend in der Saldoverschlechterung der Laufenden Rechnung und der daraus resultierenden tieferen Selbstfinanzierung begründet.

Der **Neuverschuldungsgrad** steigt von -71.2% auf 66.2%. Das heisst, dass 2009 nur noch ca. 33.8% der Investitionen ohne Neuverschuldung selbst finanziert werden können.

¹¹ Es ist zu beachten, dass mit der Einführung der neuen Rechnungslegung, wie sie für das Budget 2010 bereits erstmals angewendet wurde, gemäss HRM2 die Definition einiger Finanzkennzahlen geändert hat. Um aber die Rechnung 2009 mit dem entsprechenden Budget (HRM1 - konform) vergleichen zu können, sind die Kennzahlen in der Tabelle nach den Definitionen gemäss HRM1 berechnet.

Der **Kapitaldienstanteil** verzeichnet eine Zunahme von 7.4 Prozentpunkten gegenüber 2008. Dies ist vor allem bedingt durch den starken Rückgang der Vermögenserträge von ca. 70% im Vergleich zum Vorjahr (2008 wurden durch den Verkauf der KB-Zertifikate 195 Millionen einmalig vereinnahmt).

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser ist als die Passivzinsen. Da die Investitionsausgaben leicht zunehmen und der bereinigte Ertrag der Laufenden Rechnung sinkt, resultiert beim **Investitionsanteil** eine Zunahme um 2.6 Prozentpunkte.

Da die Transferausgaben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert haben, die konsolidierten Gesamteinnahmen aber zurückgegangen sind, nimmt der **Transferanteil** um 4.4 Prozentpunkte zu.

Table 19: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ¹² in % des Volkseinkommens ¹³
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ¹⁴ in % des bereinigten Ertrags ¹⁵ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹⁶ .

¹² Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

¹³ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2004. Die Zahlen für 2005 bis 2009 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2004 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

¹⁴ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

¹⁵ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹⁶ Gesamteinnahmen abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

13.3 Glossar

Abschreibungen	Abschreibungen bilden den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz wird das Verwaltungsvermögen mit 10% des Restbuchwertes abgeschrieben.
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.
Aufwand	Monetäre Bewertung der in einer Rechnungsperiode verbrauchten oder verzehrten Güter und Dienstleistungen, z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw.. Ausgaben, die Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzung schaffen und den Betrag von Fr. 200'000.- übersteigen, werden in der Investitionsrechnung verbucht und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.
Beiträge an Investitionen Dritter	Geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte begründet werden. Diese Beiträge werden in der Laufenden Rechnung verbucht.
Beiträge für eigene Rechnung	Eingehende Beiträge in der Laufenden Rechnung, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP misst die gesamte Produktion zu aktuellen Marktpreisen, die während eines Jahres durch sämtliche im Inland ansässigen Unternehmen realisiert wurden.
Bruttoinvestitionen	vgl. Investitionsausgaben
Eigene laufende Beiträge	Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.
Eigenkapital	Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung. Es dient zur Verminderung oder Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen.
Einlagen in Spezialfinanzierungen	Vgl. auch Spezialfinanzierung. Aufwand für die Einlage in eine Spezialfinanzierung. Diese führt zu einer entsprechenden Gutschrift im Zweckvermögen (Fonds).
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten.
Entschädigungen an Gemeinwesen	Entschädigungen an ein Gemeinwesen, das für ein anderes ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichem Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des eigenen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung bezogen auf eine Rechnungsperiode, wie z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der Finanzierungsrechnung. Bei einem positiven Saldo sind die Nettoinvestitionen vollständig durch Abschreibungen und den Saldo der Laufenden Rechnung finanziert. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Nettoinvestitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden müssen.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben jederzeit veräussert werden können.
Fonds	Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Laufende Rechnung gebucht

	sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die einzelnen Fondsrechnungen werden jeweils im Anhang zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Globalbudget	Das Globalbudget der Spitalbetriebe ist ein Voranschlagskredit der Laufenden Rechnung. Dieser wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Das Globalbudget basiert auf dem Leistungsauftrag und der Leistungsvereinbarung der Spitalbetriebe.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Laufende Rechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von 200'000 Franken überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren z.L. der Laufenden Rechnung abgeschrieben (10% vom Restbuchwert).
Investitionseinnahmen	Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter (z.B. vom Bund oder aus Spezialfinanzierungen) zur Finanzierung der Investitionsausgaben.
Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung ist eine separate Rechnung, die sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen für Anlagen im Verwaltungsvermögen enthält, die den Betrag von 200'000 Franken überschreiten.
Kinderindex	Der Kinderindex (z.B. einer Gemeinde) drückt den gewichteten Anteil der unter 12-jährigen, in- und ausländischen Kinder aus. $\text{Kinderindex} = \frac{\text{Anzahl 0-11 Jährige der Gemeinde}}{\text{Bevölkerung der Gemeinde}} + \frac{\text{Anzahl 0-11 jährige Ausländer der Gemeinde}}{\text{Anzahl 0-11 Jährige der Gemeinde} \times 10}$
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen einander gegenüberstellt. Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft. Der Saldo der Laufenden Rechnung verändert das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.
Nettoinvestitionen	Investitionsausgaben abzüglich der Investitionseinnahmen. Die Nettoinvestitionen werden in der Rechnung des nachfolgenden Jahres aktiviert und abgeschrieben.
Passivzinsen	Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).
Personalaufwand	Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Aufwand für Personalrekrutierung, Ausbildung, Naturalleistungen, Zulagen. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter und Teuerungszulagen an Pensionierte.
Regalien und Konzessionen	Erträge aus Regalien und Monopolen, aus der Erteilung von Patenten sowie aus der Verleihung von Konzessionen.
Reporting	Das regelmässige und systematische Reporting ist ein zentrales Element des Controllings. Es dient der Berichterstattung und soll komplexe Zusammenhänge und Ergebnisse des Controlling übersichtlich und einfach darstellen. Das Reporting liefert Argumente für die Entscheidungsfindung, was dazu beiträgt, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zudem soll es ermöglichen, Informationen über die Massnahmen im Hinblick auf die Berichterstattung bedürfnis- und zeitgerecht aufzuarbeiten.
Rückerstattung von öffentlichen Gemeinwesen	Rückerstattungen von einem Gemeinwesen, für welches das eigene Gemeinwesen ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Rückerstattung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Rücklagen	Reserven der Globalbudgetbetriebe.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Fest-

	stellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit.
Sachaufwand	Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.
Selbstfinanzierung	Summe aus dem Saldo der Laufenden Rechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung gibt an, bis zu welchem Betrag die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Selbstfinanzierung vergleichbar mit dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen.
Selbstfinanzierungsgrad	Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen (Saldo der Investitionsrechnung). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren kann.
Spezialfinanzierungen	Eine Spezialfinanzierung ist die vollständige oder teilweise Zweckbindung von Einnahmen für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgaben. Die Bildung einer Spezialfinanzierung benötigt eine gesetzliche oder rechtlich gleichwertige Grundlage.
Steuerkraft	Die Steuerkraft einer Einwohnergemeinde ist die Summe der Steuern der natürlichen und juristischen Personen bei gewichtetem Steuerfuss und -satz, die mit einem Hochbetagten- und Sozialindex modifiziert ist.
Vermögenserträge	Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Ablieferung der Gewinne der unselbständigen eigenen Anstalten sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar und dauernd der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungsaufgaben dienen.